

# Wochenbericht

„Dieser Wochenbericht ist anders“:  
Editorial des Präsidenten anlässlich des Relaunchs

von Klaus F. Zimmermann

Seite 154

Frühjahrsprognose 2008

Weiterhin gute Aussichten für Deutschland

von Christian Dreger, Stefan Kooths, Joachim Volz und Florian Zinsmeister

Seite 156

Gefährdet die schwächelnde Weltwirtschaft  
den deutschen Konjunkturaufschwung?

Fünf Fragen an Christian Dreger

Seite 157

Geringfügige Beschäftigung – Sprungbrett oder Sackgasse?

von Viktor Steiner

Seite 166

Profund, präzise, pünktlich: 80 Jahre Wochenbericht  
spiegeln die deutsche Wirtschaftsgeschichte

von Rainer Fremdling und Reiner Stäglin

Seite 168

Wissenschaftliche Politikberatung gewinnt nur aus  
der Beschränkung heraus Überzeugungskraft

Kommentar von Gert G. Wagner

Seite 176

# „Dieser Wochenbericht ist anders“: Editorial des Präsidenten anlässlich des Relaunchs

Liebe Leserin, lieber Leser,

in der Tat – dieser Wochenbericht ist anders: Pünktlich zum 80. Jahrestag der Erstaussage haben wir dem Flaggschiff unter den DIW-Publikationen einen Relaunch verordnet. Mit neuen Rubriken und einer neuen, übersichtlicheren Titelseite wollen wir Ihnen noch bessere Orientierung und eine prägnantere Darstellung unserer wichtigsten Forschungsergebnisse bieten.

Die Ergebnisse angewandter Wirtschaftsforschung für die wirtschaftspolitische Debatte und Entscheidungsfindung aufzubereiten – dies war und ist eine der Kernaufgaben des DIW Berlin. Der Wochenbericht spielt hierbei eine zentrale Rolle, und zwar seit den Anfangszeiten des Instituts in den 20er Jahren.

„Die wirtschaftliche Tätigkeit hält sich ... unter dem im Oktober und November erreichten Höchststand.“ Mit diesen dünnen Worten unter der Überschrift „Geschäftsgang und Beschäftigungsgrad“ beginnt der allererste Artikel in der ersten Ausgabe des Wochenberichts am 4. April 1928. Kaum vorstellbar ist heute, dass dieser trockene Stil mit einem der größten Erfolge des Wirtschaftsjournalismus in der Weimarer Republik verbunden war. Und doch war der Wochenbericht 1928 gewissermaßen die publizistische Antwort auf die gewaltige öffentliche Resonanz, die das junge Institut für Konjunkturforschung (IfK, später in DIW umbenannt) mit seinen Publikationen bereits ausgelöst hatte. So verkaufte das IfK beispielsweise pro Heft 4 000 Exemplare der noch wesentlich trockeneren Vierteljahrshefte zur Konjunkturforschung – und zwar in Buchhandlungen und an Zeitungskiosken!

Binnen kurzem wurde auch der Wochenbericht zur so wichtigen Wirtschaftslektüre, dass ein Manager eines Ruhrgebietskonzerns 1932 vor

der örtlichen Handelskammer berichtete: „Die Tageszeitungen drucken nicht nur die Berichte des Instituts ab, sondern sie sind von diesen Berichten in der einen oder anderen Form auch in ihren Meinungen geprägt. Wenn man also die Tageszeitungen nur liest, baut man unwillkürlich auf die Arbeit des Instituts.“

Auch während der Weltwirtschaftskrise spielte der Wochenbericht eine entscheidende Rolle – so sehr, dass sich die Regierung Brüning in ihrer Wirtschaftspolitik von den dort veröffentlichten Konjunktur- und Arbeitslosenzahlen regelrecht getrieben fühlte.

Mit der NS-Diktatur büßten das IfK und auch der Wochenbericht radikal an politischer Autonomie und Bedeutung ein – ohne indes an Präzision zu verlieren. So berichtete die letzte zu Kriegzeiten erschienene Wochenberichtsangabe am 27. Februar 1943 über den „Aufstieg des deutschen Films“ und vermerkte drei Wochen nach der Schlacht von Stalingrad beispielsweise die genaue Anzahl der 1941 in Rumänien gezeigten deutschen und sowjetischen Spielfilme (114 zu null).

Nach dem Krieg konnte erst 1950 wieder der erste Wochenbericht erscheinen, ohne dass sich allerdings an Aufmachung und Gestaltung viel verändert hätte. In der Zeit seitdem haben sich indes die Rahmenbedingungen für wirtschaftswissenschaftliche Politikberatung und damit auch für eine Publikation wie den DIW Wochenbericht fundamental verändert: Die Zahl der publizistischen Stimmen hat sich ebenso vervielfacht wie sich die internationale Vernetzung der Ökonomie erhöht hat. Mit dem Internet wurde der Zugang zu Informationen revolutioniert. Und es stieg der Bedarf, in einem Ozean per Mausklick verfügbarer Informationen statt schneller News-Happen fundierte Analyse und Orientierung zu finden.

Profunde Analyse, präzise Orientierung, wissenschaftliche Fundierung – dies ist auch 80 Jahre nach der Erstausgabe des Wochenberichts weiterhin unser Anspruch. Wir meinen, diesen Anspruch mit dem Relaunch noch besser als bislang einlösen zu können:

- Es bleibt auch in Zukunft bei einem *Haupttext* und einem *zweiten Artikel*.
- Unter dem Titel „*Fünf Fragen an ...*“ wird künftig ein Interview den jeweiligen Haupttext des Wochenberichts ergänzen – im Gespräch mit dem Autor wollen wir vor allem die politischen Schlussfolgerungen aus den Forschungsergebnissen ergründen.
- Das *Interview* wird als Text- und Audiodatei künftig auch auf der DIW-Website erscheinen – damit wollen wir dem Bedürfnis vieler Internetnutzer nach neuen Formen der Vermittlung besser entsprechen.
- Der *Kommentar* auf der letzten Seite wird künftig zu aktuellen wirtschaftspolitischen Debatten Position beziehen – auch hiermit wollen wir einen Beitrag dazu leisten, das politische Geschehen ökonomisch einzuordnen und die Brücke zwischen Wissenschaft und Politik zu schlagen.

Ich würde mich sehr freuen, wenn Sie uns als Leserinnen und Leser bei diesem Brückenschlag weiter kritisch begleiten.

Ihr Klaus F. Zimmermann

# Frühjahrsprognose 2008

## Weiterhin gute Aussichten für Deutschland

Christian Dreger  
cdreger@diw.de

Stefan Kooths

Joachim Volz

Florian Zinsmeister

*Trotz der etwas langsameren Gangart der weltwirtschaftlichen Konjunktur bleiben die Aussichten für die deutsche Konjunktur positiv. Allerdings haben die Risiken im Vergleich zum Winter zugenommen. So dürfte die Hypothekenkrise in den USA das dortige Wachstum noch auf längere Sicht empfindlich dämpfen. Trotz der Euro-Aufwertung sind die Lebenshaltungskosten nochmals deutlich angestiegen. Dies verringert den Kaufkraftzuwachs der Verbraucher, so dass sich die Chancen für eine nachhaltige Belebung des privaten Konsums zuletzt eingetrübt haben. Daher reduziert das DIW Berlin seine Wachstumsprognose für das laufende Jahr geringfügig auf 2,0 Prozent. Für 2009 wird ein Wachstum von 1,6 Prozent prognostiziert. Der Anstieg der Verbraucherpreise wird insbesondere in der ersten Jahreshälfte noch deutlich über der 2-Prozent-Marke liegen. Er sollte sich jedoch im weiteren Verlauf allmählich wieder zurückbilden. Im Mittel ist für 2008 eine Preissteigerung von rund 2,5 Prozent zu erwarten. Im kommenden Jahr wird der Preisauftrieb mit 1,8 Prozent wieder moderat ausfallen.*

### Leichte Dämpfung der weltwirtschaftlichen Entwicklung

Die Turbulenzen im Zuge der Finanzkrise haben die Konsumdynamik in den USA verlangsamt und das Wachstum erheblich gedämpft. Die Arbeitslosigkeit ist gestiegen, und die Zuversicht in die weitere wirtschaftliche Entwicklung hat sich verschlechtert. Daher werden die Beschäftigungsaussichten zunehmend pessimistischer beurteilt. Das Konsumentenvertrauen liegt aktuell auf einem 15-Jahres-Tief. Die Inflation ist wegen der höheren Energiepreise und der Abwertung des US-Dollars deutlich gestiegen. Die Wirtschaftspolitik kann die Wachstumseinbußen kurzfristig kaum kompensieren. Die Fiskalpolitik sieht sich erheblichen Mitnahmeeffekten ausgesetzt und für die Geldpolitik verschärft sich der Zielkonflikt zwischen Inflationseindämmung und Konjunkturstimulierung. Das Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts der USA dürfte 2008 nur noch bei 1,4 Prozent liegen; im nächsten Jahr werden es immerhin schon wieder 2,2 Prozent sein. Dahinter steht die Erwartung, dass die Bereinigungsprozesse im Finanzsektor bis zum Sommer weitgehend abgeschlossen sind (Tabelle 1).

Die konjunkturelle Schwäche drosselt zwar die amerikanische Importnachfrage und hemmt die Dynamik der Weltwirtschaft. Dies sollte jedoch nicht überbewertet werden, da die Bedeutung der USA für den Welthandel im Trend rückläufig ist. Die Wachstumsdynamik im Euroraum und in Asien ist insgesamt noch intakt, auch wenn für Länder mit schwacher Binnenkonjunktur wie Japan die Abhängigkeit von den USA zum Problem wird. Die Zentren der Weltwirtschaft dürften sich daher im Prognosezeitraum unterschiedlich entwickeln. Dadurch werden die globalen Ungleichgewichte in den Leistungsbilanzen allmählich abgebaut, so dass diese Entwicklung auch positive Nebeneffekte hat.

Fünf Fragen an Christian Dreger

## Gefährdet die schwächelnde Weltwirtschaft den deutschen Konjunkturaufschwung?

**Herr Dreger, seit dem 1. April 2008 sind Sie Leiter der Konjunkturabteilung des DIW Berlin, als Nachfolger von Alfred Steinherr.**

**Die Weltwirtschaft hat derzeit mit einigen Problemen zu kämpfen. Wie wirkt sich das auf die Konjunktur in Deutschland aus?**

Wir erwarten für die Konjunktur in Deutschland einen leichten Dämpfer. Der rührt von der Finanzkrise in den USA her, die die dortige Entwicklung dämpft, insbesondere beim Konsum. Dies führt zu einer schwächeren Entwicklung in der Weltwirtschaft, die wiederum die Exportnachfrage dämpft. Außerdem sind natürlich Ansteckungseffekte im Rahmen der Finanzkrise zu bedenken. Wir haben an den Aktienmärkten ja bereits erhebliche Vermögensverluste gesehen; es ist auch die Frage, inwieweit weitere Banken in die Finanzkrise involviert werden.

**Welche Bedeutung hat die konjunkturelle Schwäche der USA für den deutschen Außenhandel?**

Die konjunkturelle Schwäche in den USA schwächt die weltwirtschaftliche Entwicklung. Damit expandiert die weltwirtschaftliche Nachfrage nicht mehr in dem Tempo wie bisher. Allerdings ist auch die Bedeutung der USA für die Weltwirtschaft in den letzten Jahren zurückgegangen.

Zu diesem Nachfragerückgang hinzu kommt die Stärke des Euro beziehungsweise die Schwäche des US-Dollars. Das ist ein zweiter Hemmschuh für die Entwicklung der Exporte.

**Die Aufwertung des Euro erhöht den Kostendruck auf Unternehmen. Wie sollte sich die Europäische Zentralbank verhalten?**

Die Europäische Zentralbank steht im Moment, wie andere Zentralbanken auch, in einem Zielkonflikt. Zum einen hat man das Ziel der Preisniveau-Stabilität zu verfolgen. Wir haben eine Inflationsrate in der Eurozone, die über der Zielvorstellung der Europäischen Zentralbank liegt. Auf der anderen Seite haben wir den schwächelnden US-Dollar, der Exporte aus dem Euroraum tendenziell behindert.

Die Europäische Zentralbank könnte nun bei-

spielsweise mit Zinssenkungen den Abwärtstrend des US-Dollars kurzfristig stoppen. Andererseits würde damit noch einmal die Inflation gefördert. Im Moment wartet die Zentralbank ab. Ich denke, dass die Zentralbank eher dazu tendieren wird, die Zinsen zu erhöhen, um die Inflation unter Kontrolle zu halten – das ist für Europa auch nachvollziehbar, weil die Eurozone nach wie vor im konjunkturellen Aufschwung steht.

**Besteht die Gefahr, dass die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland stagniert?**

Wir haben in Deutschland derzeit immer noch einen klaren Aufschwung auf der Rechnung. Natürlich gibt es Rückgänge in den Exportaktivitäten bezüglich der USA. Die Schwäche der Weltwirtschaft wird aber kompensiert durch die nach wie vor sehr starke Dynamik in den Schwellenländern, also beispielsweise China und Indien. Das wirkt dem entgegen. Noch einmal: Man muss auch bedenken, dass die Bedeutung der USA für die Weltwirtschaft in den letzten

Jahren abgenommen hat und dass 75 Prozent der deutschen Exporte in Euro abgerechnet werden.

**Welche Maßnahmen könnten die deutsche Binnenkonjunktur stützen?**

Die entscheidende Frage wird sein, wie es mit der Konsolidierung der Staatsfinanzen weitergeht. Davon ist abhängig, welcher langfristige Wachstumstrend erreicht werden kann. Wir haben die Konsolidierung der Staatsfinanzen derzeit noch nicht erreicht. Wir hatten zwar 2007 ein ausgeglichenes Budget, für 2008 dürften aber wieder Defizite ins Haus stehen. Die Konsolidierungsanstrengungen müssen deshalb fortgesetzt werden, tendenziell durch Subventionsabbau. Sofern man sich nicht einigen kann, welche Subventionen das sein sollten, würden wir die Rasenmähermethode empfehlen und die Subventionen generell um einen bestimmten Prozentsatz kürzen.



PD Dr. Christian Dreger,  
Leiter der  
Konjunkturabteilung  
am DIW Berlin

» Keine Stagnation  
in Deutschland. «

Das Gespräch führte  
Erich Wittenberg.

Das vollständige  
Interview zum Anhören  
finden Sie auf  
[www.diw.de](http://www.diw.de)

Tabelle 1

**Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in ausgewählten Ländern**

	Gewichte (BIP) in Prozent	Bruttoinlandsprodukt				Verbraucherpreise				Arbeitslosenquote in Prozent			
		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent											
		2006	2007	2008	2009	2006	2007	2008	2009	2006	2007	2008	2009
EU-27	36,1	3,1	2,9	1,8	2,0	2,1	2,2	2,6	2,0	8,2	7,3	7,0	6,9
<i>Darunter:</i> Euroraum	26,3	2,9	2,6	1,6	1,9	2,0	2,1	2,4	1,9	8,6	7,6	7,3	7,1
Außereuropäische Industrieländer													
USA	32,7	2,9	2,2	1,4	2,2	3,2	2,9	2,5	1,6	4,6	4,6	5,3	5,6
Japan	10,8	2,4	2,1	1,5	1,6	0,2	0,1	0,6	0,9	4,1	3,8	3,9	4,1
Kanada	3,2	2,8	2,6	2,2	2,4	2,0	2,2	1,9	2,1	6,3	6,0	6,1	6,2
Ausgewählte Industrieländer <sup>1</sup>	82,7	2,9	2,5	1,6	2,0	2,3	2,2	2,3	1,7	6,4	5,9	6,0	6,1
Russland	2,4	7,4	8,1	7,0	6,4	9,7	9,0	12,1	9,6	7,1	6,1	6,0	5,8
China und Hongkong	7,0	10,8	11,0	9,6	8,7	1,5	4,6	5,8	2,9	–	–	–	–
Indien	2,3	9,7	8,5	8,0	8,4	5,8	6,4	5,4	5,5	9,9	9,6	9,5	9,3
Ostasien ohne China <sup>2</sup>	5,5	5,3	5,6	5,1	5,5	4,2	3,0	3,7	3,1	–	–	–	–
Insgesamt <sup>3</sup>	100,0	3,9	3,5	2,6	3,0	2,6	2,7	2,9	2,2	–	–	–	–

**1** Summe der aufgeführten Länder. Bruttoinlandsprodukt und Verbraucherpreise gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2006 in US-Dollar, Arbeitslosenquote gewichtet mit der Zahl der Erwerbspersonen von 2006.

**2** Gewichteter Durchschnitt aus Südkorea, Taiwan, Indonesien, Thailand, Malaysia, Singapur, Philippinen in US-Dollar.

**3** Summe der aufgeführten Ländergruppen. Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2006 in US-Dollar.

Quellen: Global Insight und Berechnungen des DIW Berlin. 2007 bis 2009: Prognose von Global Insight.

DIW Berlin 2008

Die US-Konjunktur könnte sich auch über die Finanzmärkte auf andere Länder auswirken. Dabei sind Angebots- und nachfrageseitige Effekte zu unterscheiden. Die Aktienmärkte haben wegen ungünstigerer Wachstumsperspektiven weltweit nachgegeben. Zu einer merklichen Dämpfung der realwirtschaftlichen Nachfrage dürfte es in den meisten Ländern des Euroraums indes nicht kommen. Insbesondere in Deutschland wird der Konsum nur wenig vom Vermögen bestimmt. Auf der Angebotsseite haben zwar einzelne Banken durch Fehlspekulationen im US-Immobilienmarkt ernste Verluste erlitten. Dennoch ist eine Verknappung des Kreditangebots an die Realwirtschaft bislang nicht zu beobachten und auch im Prognosezeitraum nicht zu erwarten.

### Solides Wachstum in Deutschland

Die Entwicklung in Deutschland wird im Prognosezeitraum vor allem vom Verlauf der Binnenkonjunktur bestimmt. Anders als in der bisherigen Aufschwungphase sind vom Außenhandel keine weiteren positiven Impulse mehr zu erwarten. Maßgeblich dafür sind die leicht schwächere Weltkonjunktur und die Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar, die die deutschen Exporte deutlich verteuert oder die Gewinnmargen schmälert. Die Anbieter aus dem Dollarraum dürften weltweit Marktanteile hinzugewinnen (Kasten).

Ein deutlicher Einbruch der Exportkonjunktur ist indes nicht zu erwarten. So haben die Ausfuhren in die Mitgliedstaaten der Europäischen Union bis zuletzt noch stark expandiert. In diese Länder werden rund drei Viertel der deutschen

### Annahmen der Prognose

Die wichtigsten Annahmen der vorliegenden Prognose bis Ende 2009 lauten:

- Die EZB belässt den Leitzins unverändert auf dem derzeitigen Niveau von 4 Prozent.
- Der Ölpreis (Nordsee Brent) bewegt sich im laufenden Jahr um 95 US-Dollar/Barrel, im Folgejahr um 90 US-Dollar/Barrel.
- Der Wechselkurs des Euro liegt im Durchschnitt bei 1,55 US-Dollar/Euro.
- Der Welthandel expandiert im laufenden Jahr um 6,5 Prozent, im nächsten um 6 Prozent.
- Die Tariflöhne (Effektivlöhne) steigen in diesem Jahr um 2,4 Prozent (2,5 Prozent), im nächsten um 2,0 Prozent (2,2 Prozent).



Exporte geliefert. Dagegen hat sich die Ausfuhr in Drittstaaten, insbesondere in die USA und nach Japan, stark unterdurchschnittlich entwickelt. Das deutsche Exportportfolio bleibt wegen des hohen Anteils an Investitionsgütern relativ günstig. Für diese Produkte ist der Wettbewerb über den Preis weniger von Bedeutung. Auch sind die Unternehmen infolge der mehrjährigen Lohnzurückhaltung der Arbeitnehmer preislich wettbewerbsfähiger geworden. All dies bedeutet jedoch nicht, dass die Wechselkursentwicklung zu vernachlässigen wäre. Aufwertungen des Euro erhöhen den Kostendruck bei den Unternehmen und schränken den Spielraum für künftige Lohn erhöhungen ein. Die Europäische Zentralbank sollte daher gegensteuern, wenn ein weiterer Aufwertungsdruck für den Euro entsteht. Dies wäre auch aus der Sicht anderer Länder des Euroraums geboten, deren Exportstruktur relativ ungünstig ist.

Für die Binnenkonjunktur ist im Prognosezeitraum die Dynamik des privaten Verbrauchs, die ihrerseits von der Einkommens- und Arbeitsmarktentwicklung bestimmt wird, entscheidend. Im vergangenen Jahr ist die Erholung des Konsums durch die Anhebung der Mehrwertsteuer zunächst unterbrochen worden. Darüber hinaus haben die Preissteigerungen im Lebensmittel- und Energiebereich die reale Kaufkraft der Arbeitnehmer reduziert (siehe Abschnitt „Preisentwicklung“). Im weiteren Verlauf dürften sich jedoch die

expansiven Kräfte allmählich durchsetzen, zumal die Sonderfaktoren, die die Inflation angetrieben haben, an Bedeutung verlieren (Tabelle 2).

Bei der Lohnpolitik sollte auch künftig darauf geachtet werden, dass keine Zweitrundeneffekte durch Lohn-Preis-Spiralen entstehen. Insofern dürfen exogene Preisschocks nicht in die Lohnabschlüsse eingehen. Hierzu zählen insbesondere die Anhebung der Mehrwertsteuer sowie die Energie- und Lebensmittelvertierungen, sofern diese importbedingt sind. Gleichwohl gibt der Verteilungsspielraum durchschnittliche Lohnsteigerungen deutlich oberhalb der Inflationsrate her. In den letzten Jahren mussten die Arbeitnehmer meist Reallohnabschläge verkraften. Bei den Lohnabschlüssen sind allerdings auch die individuellen betrieblichen Situationen zu berücksichtigen. Der weitere Beschäftigungsaufbau, aber auch die hier unterstellten – immer noch maßvollen – Reallohnzuwächse tragen dazu bei, dass die Lohnquote nicht weiter zurückgeht.

### Preisentwicklung: Inflation trifft alle Einkommensgruppen gleich

Im Jahr 2007 stieg der Index der Verbraucherpreise mit einer Rate von 2,3 Prozent. Dies war die höchste Zunahme seit fast 15 Jahren. Ende 2007 wurden sogar Preissteigerungsraten von über drei Prozent beobachtet. Dieser Preisauftrieb schwächt

Tabelle 2

#### Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung in Deutschland

	2004	2005	2006	2007	2008	2009
Reales Bruttoinlandsprodukt <sup>1</sup> (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %)	1,1	0,8	2,9	2,5	2,0	1,6
Erwerbstätige im Inland (1 000 Personen)	38 883	38 846	39 089	39 737	39 956	40 042
Erwerbslose, ILO (1 000 Personen)	4 168	4 573	4 250	3 608	3 561	3 613
Arbeitslose, BA (1 000 Personen)	4 387	4 861	4 487	3 776	3 469	3 525
Erwerbslosenquote <sup>2</sup> , ILO (in %)	9,7	10,6	9,8	8,3	8,2	8,3
Arbeitslosenquote <sup>2</sup> , BA (in %)	10,3	11,4	10,6	8,7	8,0	8,1
Verbraucherpreise <sup>3</sup> (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %)	1,7	1,6	1,6	2,3	2,6	1,8
Lohnstückkosten <sup>4</sup> (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %)	-0,4	-0,7	-1,1	0,5	0,4	0,7
Finanzierungssaldo des Staates <sup>5</sup> In Milliarden Euro	-83,6	-75,6	-37,3	0,2	-3,6	3,4
In % des nominalen Bruttoinlandsprodukts	-3,8	-3,4	-1,6	0,0	-0,1	0,1
Leistungsbilanzsaldo (in % des nominalen Bruttoinlandsprodukts)	4,3	4,6	5,0	6,7	7,3	7,1

<sup>1</sup> In Preisen des Vorjahres.

<sup>2</sup> Bezogen auf die inländischen Erwerbspersonen.

<sup>3</sup> Verbraucherpreisindex.

<sup>4</sup> Im Inland entstandene Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmer bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt in Preisen des Vorjahres je Erwerbstätigen.

<sup>5</sup> In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (ESVG).

Quellen: Angaben nationaler und internationaler Institutionen;  
Berechnungen des DIW Berlin, 2007 bis 2009: Prognose des DIW Berlin.

DIW Berlin 2008

das reale verfügbare Einkommen der privaten Haushalte und dämpft so die Binnennachfrage, insbesondere dann, wenn davon Haushalte mit hoher Konsumquote stark betroffen sind.

Haupttreiber der Inflation war im vergangenen Jahr die Erhöhung der Mehrwertsteuer. Hinzu kam ab der zweiten Jahreshälfte der ruckartige Anstieg der Lebensmittel- und Energiepreise. Darüber hinaus haben sich zwar auch die Preise für Bildungsleistungen durch die Einführung von Studiengebühren in einigen Bundesländern erhöht, dies hatte jedoch angesichts des geringen Gewichts im Warenkorb kaum Auswirkungen auf die Teuerung.

Die Teuerung dürfte sich im Prognosezeitraum tendenziell wieder verlangsamen. Die Überwälzung der höheren Mehrwertsteuer schlägt sich ab 2008 kaum noch in der Inflationsrate nieder. Die Ölpreise, die wesentlich die Energiepreisentwicklung bestimmen, dürften aufgrund der etwas schwächeren Weltkonjunktur leicht nachgeben. Außerdem trägt der starke Euro zur Preisstabilität bei. Schließlich dürften sich die preistreibenden Kräfte auch im Lebensmittelsektor allmählich beruhigen. Zwar wird sich der Trend zur Nutzung von Anbauflächen für die Energieerzeugung fortsetzen, und die Weltnachfrage nach Getreide- und Milchprodukten wird sich weiterhin dynamisch entwickeln. Der Preissprung im vergangenen Jahr aber wurde im Wesentlichen durch die lange Zeit sehr niedrige Inflationsrate im Lebensmittelbereich ausgelöst und durch singuläre Ereignisse wie Missernten in einigen Weltregionen begünstigt. Eine solche Entwicklung dürfte sich im Jahr 2008 nicht wiederholen.

Unklar bleibt jedoch, wie stark der Rückgang der Inflation ausfallen und sich über den Prognosezeitraum verteilen wird. Die höhere Inflation kann sich beispielsweise noch eine Zeitlang fortsetzen, wenn der Handel aufgrund des schleppenden Konsums die höhere Mehrwertsteuer 2007 noch nicht vollständig überwältzt hat. Im Lebensmit-

telbereich ziehen die gestiegenen Getreidepreise steigende Futtermittel- und Fleischpreise nach sich. Und die Gasversorgungsunternehmen passen ihre Preise erst mit einiger Verzögerung an das höhere Niveau der Ölpreise an.

Die Teuerungsrate hängt jedoch nicht nur davon ab, wie stark sich die einzelnen Preisindizes verändern. Auch das Gewicht, das den Preisen einzelner Güter innerhalb des Verbraucherpreisindex zukommt, ist entscheidend. Als Gewichte für die Ermittlung des Verbraucherpreisindex werden die Ausgabenanteile eines durchschnittlichen Konsumenten verwendet. Beispielsweise entfallen im Mittel gut 30 Prozent der Konsumausgaben auf Güter der Kategorie Wohnen, Energie und Wohnungsinstandhaltung. Die von der amtlichen Statistik berichtete Teuerung lässt sich allerdings nicht ohne Weiteres auf die individuelle Situation übertragen, wenn der Haushalt ein abweichendes Konsumverhalten hat. Man könnte daher vermuten, dass die einzelnen Typen privater Haushalte von der Inflation nicht gleichmäßig betroffen sind, da sich ihre Ausgabenanteile unterscheiden (Tabelle 3). So geben Niedrigeinkommensbezieher im Mittel einen höheren Anteil ihres Budgets für Lebensmittel und Wohnung aus.

Um die jeweiligen Effekte transparent zu machen, hat das DIW Berlin ein Inflationsmodell entwickelt, das die Teuerung auf der Ebene der Güterkategorien vorhersagt, aus denen der Warenkorb des Verbraucherpreisindex besteht. Durch Verknüpfung der prognostizierten Preisentwicklung der Güterkategorien mit den einkommensabhängigen Ausgabenanteilen kann die Inflation für Haushaltstypen vorhergesagt werden. Im Einzelnen werden hierzu die Preise von Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren, Bekleidung und Schuhen, Wohnen, Energie und Wohnungsinstandhaltung, Innenausstattung und Haushaltsgeräten, Gesundheitspflege, Verkehr, Nachrichtenübermittlung, Freizeit, Unterhaltung und Kultur, Bildung, Beherbergungs- und Gaststättengewerbe und anderen Waren und Dienstleistungen ökonomisch geschätzt.

Tabelle 3 stellt die Gewichtung für die drei quantitativ wichtigsten Güterkategorien nach Haushaltstypen dar. Diese sind durch ihr monatliches Haushaltsnettoeinkommen definiert. Während das Gewicht von Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren bei den Niedrigeinkommensbezieher mit einem Budget von bis zu 900 Euro bei 17,4 Prozent liegt, geben die Haushalte mit einem Einkommen über 5 000 Euro 11,4 Prozent für diese Güter aus. Bei einem Anstieg der Lebensmittelpreise sind die Bezieher niedriger Einkommen daher relativ stärker betroffen, auch wenn man

Tabelle 3

### Ausgabenanteile nach Haushaltstypen

In Prozent

	Lebensmittel	Wohnung	Verkehr
Niedrige Einkommen <sup>1</sup>	17,42	41,08	8,29
Hohe Einkommen <sup>2</sup>	11,37	28,87	16,02
Gütergewicht im Verbraucherpreisindex <sup>3</sup>	14,25	30,80	13,19

<sup>1</sup> Haushaltsnettoeinkommen bis zu 900 Euro.

<sup>2</sup> Haushaltsnettoeinkommen über 5 000 Euro.

<sup>3</sup> Das Gütergewicht im VPI leitet sich aus den Ausgabenanteilen eines Durchschnittshaushalts ab.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2003; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2008



in Rechnung stellt, dass Besserverdienende eher teurere Lebensmittel kaufen. Eine analoge Beobachtung ergibt sich für die Kategorie Wohnen, Energie und Wohnungsinstandhaltung, während sich bei Verkehrsausgaben ein umgekehrtes Bild zeigt. Darin kommt auch ein unterschiedliches Mobilitätsverhalten zum Ausdruck.

Die prognostizierte Inflationsentwicklung für diese drei Ausgabenkategorien wird in Tabelle 4 ausgewiesen. Dabei zeigt sich eine relativ starke Persistenz der Preisentwicklung in den meisten Ausgabenkategorien. Hiernach dürften sich die hohen Preissteigerungen im Lebensmittelbereich noch fortsetzen. Auch die Teuerung der wohnungsbezogenen Ausgaben dürfte im laufenden Jahr auf einem hohen Niveau bleiben. Dagegen dürfte die Inflationsrate für Verkehrsausgaben tendenziell abnehmen. Die höheren Ölpreise sind anscheinend vergleichsweise rasch, nämlich in Form steigender Benzinpreise, weitergegeben worden.

Auf dieser Basis lassen sich schließlich haushaltsindividuelle Inflationsraten prognostizieren. Nach dem Ergebnis der Modellrechnungen dürfte sich der Abbau der Inflation bei allen drei Indizes eher zäh gestalten. Insbesondere in der ersten Jahreshälfte bleiben die Steigerungen des Verbraucherpreisindex noch hoch, so dass in der Jahresrate kein Rückgang erkennbar ist. Erst 2009 dürfte die Inflation im Schnitt wieder unter der 2-Prozent-Marke liegen. Wenn auch die Haushalte mit niedrigen Einkommen im laufenden Jahr etwas stärker von der Teuerung betroffen sind, sind die Inflationsdifferenzen zwischen den Einkommensklassen insgesamt vernachlässigbar gering. Vor diesem Hintergrund sind Forderungen nach einer außerplanmäßigen

Tabelle 4

### Inflationsentwicklung

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	2007	2008	2009
<b>Güterkategorien</b>			
Lebensmittel	3,6	5,4	1,9
Wohnung	1,9	3,0	2,1
Verkehr	3,7	2,6	2,1
<b>Haushaltstypen</b>			
Niedrige Einkommen <sup>1</sup>	2,2	2,8	1,8
Hohe Einkommen <sup>2</sup>	2,3	2,6	1,9
Verbraucherpreisindex	2,3	2,6	1,8

<sup>1</sup> Haushaltsnettoeinkommen bis zu 900 Euro.<sup>2</sup> Haushaltsnettoeinkommen über 5 000 Euro.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2003; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2008

Anpassung von Sozialleistungssätzen nur schwer zu begründen.

### Fazit

Da die Aussichten für Deutschland im Großen und Ganzen weiterhin günstig sind, besteht für öffentliche Konjunkturprogramme derzeit kein Bedarf. Die Fiskalpolitik sollte sich auf das Ziel der Konsolidierung der Staatsfinanzen konzentrieren, die über den Konjunkturzyklus hinweg noch nicht erreicht ist. Dies würde die Planungssicherheit von Haushalten und Unternehmen nachhaltig verbessern und längerfristig zu einer Stärkung der Wachstumsperspektiven führen. Eine Finanzpolitik nach Kassenlage, die sich derzeit mit der Aussetzung des Riester-Faktors in der gesetzlichen Rentenversicherung abzeichnet, wird dagegen einer stabilitätsorientierten Haushalts- und Sozialpolitik nicht gerecht.

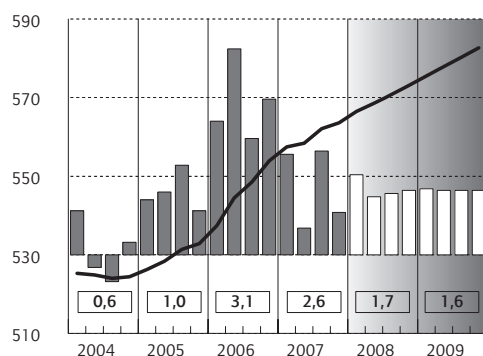
**JEL Classification:**  
E32, E66, F01

**Keywords:**  
Economic outlook,  
Business cycle forecasts,  
Consumption,  
Foreign trade

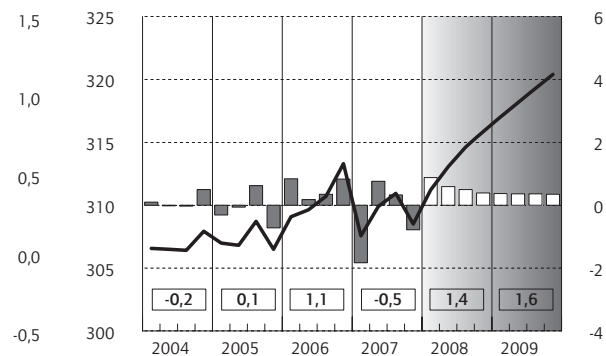
## Bruttoinlandsprodukt und wichtige Komponenten

Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf

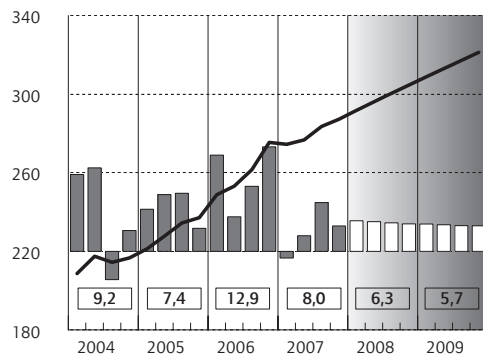
### Bruttoinlandsprodukt



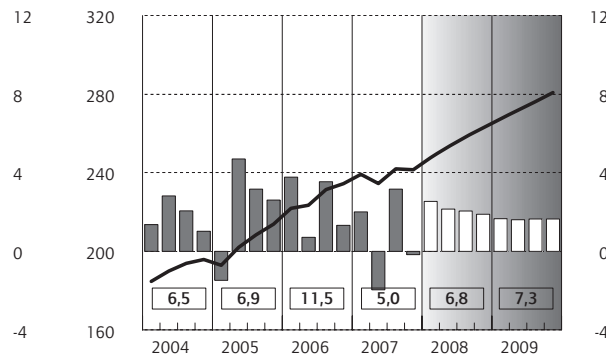
### Konsumausgaben der privaten Haushalte



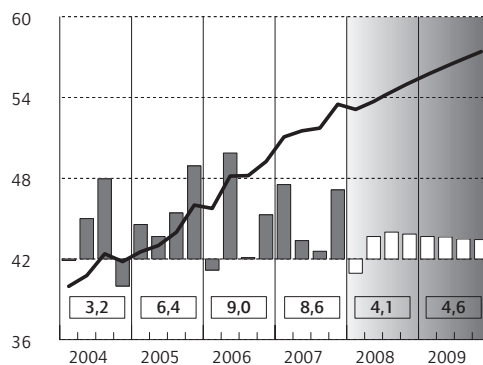
### Exporte



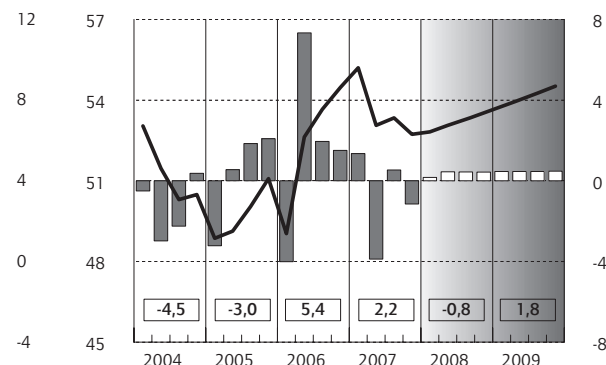
### Importe



### Ausrüstungsinvestitionen



### Bauinvestitionen



— Verkettete Volumenangaben in Milliarden Euro (linke Skala)

■ Annualisierte Veränderung gegenüber dem Vorquartal in Prozent (rechte Skala)

■ Kalenderbereinigte Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2008

**Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland**

Vorausschätzung für die Jahre 2008 und 2009

	2006	2007	2008	2009	2007		2008		2009	
					1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
1. Entstehung des Inlandsprodukts										
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr										
Erwerbstätige	0,6	1,7	0,6	0,2	1,8	1,5	0,7	0,4	0,2	0,2
Arbeitszeit, arbeitstäglich	0,6	0,7	-1,2	0,0	0,7	0,7	-1,0	-1,5	1,4	-1,4
Arbeitstage	-0,8	-0,6	1,1	0,0	-0,5	-0,8	0,8	1,4	-1,9	1,8
Arbeitsvolumen, kalendermonatlich	0,5	1,7	0,4	0,2	2,0	1,4	0,5	0,2	-0,3	0,6
Produktivität <sup>1</sup>	2,4	1,0	1,3	1,4	0,8	1,3	1,5	1,0	1,3	1,5
Reales Bruttoinlandsprodukt	2,9	2,5	2,0	1,6	3,0	2,0	2,0	2,0	1,0	2,1
2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen										
a) Mrd. Euro										
Konsumausgaben	1 783,4	1 810,4	1 871,5	1 926,9	879,5	930,9	907,8	963,7	933,3	993,6
Private Haushalte <sup>2</sup>	1 357,5	1 374,4	1 425,9	1 471,5	669,4	705,0	693,1	732,8	713,9	757,6
Staat	425,9	436,1	445,6	455,3	210,1	225,9	214,7	230,9	219,4	236,0
Anlageinvestitionen	417,1	449,6	463,4	476,8	214,0	235,5	219,7	243,7	223,0	253,8
Ausrüstungen	173,7	186,5	193,7	201,7	88,8	97,7	92,0	101,7	94,6	107,1
Bauten	217,2	235,9	241,7	246,7	112,4	123,6	114,1	127,6	114,8	132,0
Sonstige Anlageinvestitionen	26,3	27,1	27,9	28,3	12,9	14,2	13,6	14,4	13,7	14,6
Vorratsveränderung <sup>3</sup>	-4,7	-7,1	-7,7	-4,1	5,6	-12,6	1,7	-9,4	3,4	-7,5
Inländische Verwendung	2 195,8	2 253,0	2 327,2	2 399,5	1 099,1	1 153,8	1 129,2	1 198,0	1 159,7	1 239,8
Außenbeitrag	126,4	166,6	174,6	162,9	83,9	82,6	98,9	75,7	90,9	72,0
Exporte	1 046,5	1 133,0	1 208,1	1 275,9	554,0	579,1	592,3	615,8	621,4	654,5
Importe	920,1	962,2	1 033,5	1 113,0	468,8	493,4	493,3	540,1	530,5	582,5
Bruttoinlandsprodukt	2 322,2	2 423,8	2 501,8	2 562,4	1 184,3	1 239,5	1 228,2	1 273,7	1 250,6	1 311,7
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr										
Konsumausgaben	2,0	1,5	3,4	3,0	1,6	1,5	3,2	3,5	2,8	3,1
Private Haushalte <sup>2</sup>	2,3	1,2	3,7	3,2	1,3	1,2	3,5	3,9	3,0	3,4
Staat	1,0	2,4	2,2	2,2	2,4	2,4	2,2	2,2	2,2	2,2
Anlageinvestitionen	6,7	7,8	3,1	2,9	10,6	5,3	2,7	3,5	1,5	4,1
Ausrüstungen	7,1	7,4	3,9	4,1	8,1	6,8	3,6	4,1	2,7	5,4
Bauten	6,8	8,6	2,5	2,1	13,8	4,3	1,6	3,3	0,6	3,4
Sonstige Anlageinvestitionen	3,7	3,3	3,1	1,4	2,7	3,8	5,1	1,2	1,1	1,7
Inländische Verwendung	3,0	2,6	3,3	3,1	2,8	2,5	2,7	3,8	2,7	3,5
Exporte	14,0	8,3	6,6	5,6	10,2	6,5	6,9	6,4	4,9	6,3
Importe	14,3	4,6	7,4	7,7	6,0	3,3	5,2	9,5	7,5	7,8
Bruttoinlandsprodukt	3,5	4,4	3,2	2,4	4,8	4,0	3,7	2,8	1,8	3,0
3. Verwendung des Inlandsprodukts, preisbereinigt										
a) Verkettete Volumina in Mrd. Euro										
Konsumausgaben	1 642,9	1 645,4	1 671,7	1 697,2	806,0	839,4	816,5	855,2	827,5	869,7
Private Haushalte <sup>2</sup>	1 242,1	1 236,5	1 257,0	1 275,6	605,1	631,4	612,9	644,1	620,6	655,0
Staat	400,7	409,1	414,8	421,7	201,0	208,1	203,7	211,1	207,0	214,7
Anlageinvestitionen	427,2	448,6	461,7	475,2	213,4	235,2	218,6	243,1	222,2	253,0
Ausrüstungen	191,2	206,8	216,9	227,0	97,9	109,0	102,6	114,3	106,3	120,7
Bauten	207,8	212,5	213,9	216,4	101,8	110,7	101,3	112,6	100,9	115,5
Sonstige Anlageinvestitionen	30,1	32,1	35,1	37,2	15,0	17,1	16,7	18,4	17,8	19,5
Inländische Verwendung	2 054,4	2 073,8	2 112,0	2 153,4	1 020,2	1 053,6	1 032,1	1 079,9	1 048,4	1 105,0
Exporte	1 038,5	1 119,1	1 194,4	1 262,1	547,6	571,5	585,6	608,8	614,9	647,1
Importe	910,9	954,9	1 023,5	1 097,3	464,6	490,3	491,4	532,1	526,2	571,1
Bruttoinlandsprodukt	2 183,0	2 237,1	2 282,0	2 318,0	1 102,6	1 134,5	1 125,1	1 156,9	1 136,4	1 181,6
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr										
Konsumausgaben	0,9	0,2	1,6	1,5	0,4	-0,1	1,3	1,9	1,3	1,7
Private Haushalte <sup>2</sup>	1,0	-0,4	1,7	1,5	-0,2	-0,7	1,3	2,0	1,3	1,7
Staat	0,9	2,1	1,4	1,7	2,2	2,0	1,4	1,4	1,6	1,7
Anlageinvestitionen	6,1	5,0	2,9	2,9	7,4	2,9	2,4	3,4	1,7	4,1
Ausrüstungen	8,3	8,2	4,9	4,7	9,0	7,5	4,8	4,9	3,6	5,6
Bauten	4,3	2,3	0,7	1,2	6,4	-1,3	-0,5	1,8	-0,4	2,6
Sonstige Anlageinvestitionen	6,7	6,6	9,4	6,1	5,3	7,8	11,9	7,2	6,1	6,0
Inländische Verwendung	1,9	0,9	1,8	2,0	1,2	0,7	1,2	2,5	1,6	2,3
Exporte	12,5	7,8	6,7	5,7	9,6	6,1	6,9	6,5	5,0	6,3
Importe	11,2	4,8	7,2	7,2	6,2	3,6	5,8	8,5	7,1	7,3
Bruttoinlandsprodukt	2,9	2,5	2,0	1,6	3,0	2,0	2,0	2,0	1,0	2,1

**noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland**

Vorausschätzung für die Jahre 2008 und 2009

	2006	2007	2008	2009	2007		2008		2009	
					1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (2000=100)										
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr										
Private Konsumausgaben <sup>2</sup>	1,4	1,7	2,1	1,7	1,5	1,9	2,2	1,9	1,7	1,7
Konsumausgaben des Staates	0,2	0,3	0,8	0,5	0,1	0,4	0,8	0,7	0,6	0,5
Anlageinvestitionen	0,6	2,6	0,1	0,0	3,0	2,3	0,2	0,1	-0,1	0,1
Ausrüstungen	-1,1	-0,7	-0,9	-0,5	-0,8	-0,7	-1,1	-0,8	-0,8	-0,2
Bauten	2,4	6,2	1,8	0,9	6,9	5,7	2,1	1,5	1,0	0,8
Exporte	1,3	0,5	-0,1	-0,1	0,5	0,4	0,0	-0,2	-0,1	0,0
Importe	2,8	-0,2	0,2	0,4	-0,2	-0,3	-0,5	0,9	0,4	0,5
Bruttoinlandsprodukt	0,6	1,8	1,2	0,8	1,8	1,9	1,6	0,8	0,8	0,8
5. Einkommensentstehung und -verteilung										
a) Mrd. Euro										
Primäreinkommen der privaten Haushalte <sup>2</sup>	1 708,4	1 765,4	1 820,1	1 864,8	863,4	900,7	891,8	928,6	914,4	950,7
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	223,4	225,4	228,7	232,7	109,0	116,4	110,0	118,7	112,1	120,6
Bruttolöhne und -gehälter	926,0	955,7	988,3	1 011,8	453,2	502,4	467,9	520,7	479,4	532,8
Übrige Primäreinkommen <sup>4</sup>	559,0	579,7	603,2	620,3	300,4	279,3	313,9	289,2	323,0	297,3
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	296,5	335,5	347,0	367,0	151,1	185,7	157,8	188,9	162,9	203,7
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	2 004,9	2 101,2	2 167,1	2 231,8	1 014,2	1 087,0	1 049,6	1 117,5	1 077,4	1 154,4
Abschreibungen	339,5	345,2	350,7	355,1	173,0	172,2	175,6	175,1	177,9	177,2
Bruttonationaleinkommen	2 344,4	2 446,4	2 517,8	2 586,9	1 187,2	1 259,2	1 225,2	1 292,6	1 255,3	1 331,7
Nachrichtlich:										
Volkseinkommen	1 751,2	1 824,2	1 883,6	1 940,8	875,1	949,1	908,1	975,5	932,3	1 008,5
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	601,9	643,2	666,7	696,3	312,9	330,3	330,2	336,1	340,9	355,1
Arbeitnehmerentgelt	1 149,4	1 181,0	1 216,9	1 244,5	562,2	618,8	577,9	639,4	591,4	653,4
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr										
Primäreinkommen der privaten Haushalte <sup>2</sup>	3,3	3,3	3,1	2,5	3,6	3,0	3,3	3,1	2,5	2,4
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	2,5	0,9	1,5	1,8	1,3	0,5	0,9	2,0	1,9	1,7
Bruttolöhne und -gehälter	1,5	3,2	3,4	2,4	3,5	2,9	3,2	3,6	2,5	2,3
Übrige Primäreinkommen <sup>4</sup>	6,6	3,7	4,0	2,8	4,3	3,1	4,5	3,6	2,9	2,8
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	7,8	13,1	3,4	5,8	13,9	13,4	4,4	1,7	3,3	7,9
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	3,9	4,8	3,1	3,0	5,0	4,7	3,5	2,8	2,6	3,3
Abschreibungen	1,2	1,7	1,6	1,3	1,9	1,5	1,5	1,7	1,3	1,2
Bruttonationaleinkommen	3,5	4,4	2,9	2,7	4,5	4,2	3,2	2,7	2,5	3,0
Nachrichtlich:										
Volkseinkommen	3,6	4,2	3,3	3,0	4,0	4,3	3,8	2,8	2,7	3,4
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	7,2	6,9	3,7	4,4	5,7	8,0	5,5	1,8	3,2	5,6
Arbeitnehmerentgelt	1,7	2,8	3,0	2,3	3,1	2,5	2,8	3,3	2,3	2,2
6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte										
a) Mrd. Euro										
Masseneinkommen	984,6	996,1	1 024,8	1 040,4	480,4	515,6	492,9	532,2	500,6	540,2
Nettolohn- und -gehälter	605,4	621,7	642,7	653,9	292,5	329,2	301,5	341,5	306,9	347,3
Monetäre Sozialleistungen	458,8	450,5	454,9	458,2	226,5	224,1	228,0	226,9	229,6	228,6
abz. Abgaben auf soziale Leistungen <sup>5</sup>	79,7	76,2	72,8	71,8	38,6	37,6	36,6	36,2	36,0	35,8
Übrige Primäreinkommen <sup>4</sup>	559,0	579,7	603,2	620,3	300,4	279,3	313,9	289,2	323,0	297,3
Sonstige Transfers (Saldo) <sup>6</sup>	-49,9	-58,0	-58,9	-60,5	-28,8	-29,3	-29,3	-29,6	-29,9	-30,6
Verfügbares Einkommen	1 493,7	1 517,8	1 569,0	1 600,1	752,1	765,6	777,6	791,8	793,6	806,8
Nachrichtlich:										
Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	22,2	24,6	26,7	28,6	11,7	12,9	12,8	14,0	13,7	14,9
Konsumausgaben	1 357,5	1 374,4	1 425,9	1 471,5	669,4	705,0	693,1	732,8	713,9	757,6
Sparen	158,4	168,0	169,8	157,2	94,5	73,5	97,2	73,0	93,4	64,2
Sparquote in % <sup>7</sup>	10,5	10,9	10,6	10,0	12,4	9,4	12,2	9,0	11,6	8,4
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr										
Masseneinkommen	0,3	1,2	2,9	1,5	1,1	1,3	2,6	3,2	1,6	1,5
Nettolohn- und -gehälter	0,4	2,7	3,4	1,7	3,0	2,4	3,1	3,7	1,8	1,7
Monetäre Sozialleistungen	-0,2	-1,8	1,0	0,7	-2,4	-1,2	0,7	1,3	0,7	0,7
abz. Abgaben auf soziale Leistungen <sup>5</sup>	-1,5	-4,4	-4,4	-1,4	-5,5	-3,3	-5,1	-3,7	-1,7	-1,2
Übrige Primäreinkommen <sup>4</sup>	6,6	3,7	4,0	2,8	4,3	3,1	4,5	3,6	2,9	2,8
Verfügbares Einkommen	1,9	1,6	3,4	2,0	1,6	1,6	3,4	3,4	2,1	1,9
Konsumausgaben	2,3	1,2	3,7	3,2	1,3	1,2	3,5	3,9	3,0	3,4
Sparen	1,5	6,0	1,1	-7,4	5,3	7,0	2,9	-0,7	-3,9	-12,1

**noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland**

Vorausschätzung für die Jahre 2008 und 2009

	2006	2007	2008	2009	2007		2008		2009	
					1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
7. Einnahmen und Ausgaben des Staates <sup>a</sup>										
a) Mrd. Euro										
Einnahmen										
Steuern	530,5	574,9	587,0	602,1	285,5	289,4	290,5	296,5	298,0	304,0
Sozialbeiträge	401,1	400,8	402,4	409,1	194,5	206,3	194,2	208,2	197,6	211,5
Vermögenseinkommen	17,4	17,6	17,4	17,7	10,8	6,8	10,9	6,5	11,1	6,7
Sonstige Transfers	14,3	13,8	13,8	13,8	6,6	7,1	6,7	7,2	6,6	7,2
Vermögenstransfers	9,2	10,5	9,8	9,8	5,1	5,3	4,8	5,0	4,8	5,0
Verkäufe	44,4	46,2	46,1	47,0	21,8	24,4	22,5	23,6	23,3	23,7
Sonstige Subventionen	0,4	0,4	0,4	0,3	0,2	0,2	0,2	0,2	0,1	0,2
Insgesamt	1 017,2	1 064,0	1 076,9	1 099,9	524,6	539,5	529,7	547,2	541,6	558,3
Ausgaben										
Vorleistungen	97,8	101,5	105,0	108,0	46,5	55,0	48,3	56,7	49,8	58,2
Arbeitnehmerentgelte	167,7	168,4	171,3	174,2	80,5	87,9	81,7	89,6	82,9	91,3
Vermögenseinkommen (Zinsen)	64,9	67,1	69,9	72,4	33,4	33,8	34,6	35,3	35,9	36,5
Subventionen	26,8	27,0	26,9	27,0	12,8	14,2	13,0	13,9	13,1	13,9
Monetäre Sozialleistungen	428,5	420,0	421,1	423,3	211,3	208,6	211,2	209,8	212,3	211,0
Soziale Sachleistungen	171,5	178,0	181,8	186,0	87,7	90,3	90,3	91,5	92,5	93,5
Sonstige laufende Transfers	35,2	36,3	38,5	39,1	18,0	18,3	19,3	19,2	19,6	19,5
Vermögenstransfers	30,8	30,6	29,1	28,6	15,9	14,7	15,1	14,0	14,5	14,1
Bruttoinvestitionen	32,8	36,3	38,3	39,4	15,8	20,4	17,0	21,3	17,6	21,8
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	-1,4	-1,4	-1,4	-1,4	-0,6	-0,8	-0,6	-0,8	-0,6	-0,8
Insgesamt	1 054,5	1 063,8	1 080,5	1 096,4	521,4	542,4	529,9	550,6	537,5	559,0
Finanzierungssaldo	-37,3	0,2	-3,6	3,4	3,2	-3,0	-0,2	-3,4	4,1	-0,7
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr										
Einnahmen										
Steuern	7,6	8,4	2,1	2,6	10,5	6,4	1,7	2,5	2,6	2,5
Sozialbeiträge	1,1	-0,1	0,4	1,7	-0,1	0,0	-0,2	0,9	1,8	1,6
Vermögenseinkommen	23,0	1,0	-1,1	2,1	8,2	-8,6	1,0	-4,4	1,7	2,8
Sonstige Transfers	-21,4	-3,6	0,5	0,1	-2,6	-4,6	0,3	0,7	-0,5	0,6
Vermögenstransfers	-7,1	13,6	-6,1	0,2	8,5	18,9	-6,5	-5,8	0,1	0,3
Verkäufe	0,0	4,1	-0,2	1,9	3,0	5,2	3,1	-3,2	3,5	0,3
Sonstige Subventionen	-12,2	-9,3	-7,7	-5,6	0,0	-15,4	-11,8	-4,5	-6,7	-4,8
Insgesamt	4,1	4,6	1,2	2,1	5,7	3,5	1,0	1,4	2,2	2,0
Ausgaben										
Vorleistungen	0,9	3,8	3,5	2,8	3,8	3,9	3,8	3,1	3,1	2,6
Arbeitnehmerentgelte	-0,4	0,4	1,7	1,7	0,5	0,3	1,5	1,9	1,5	1,9
Vermögenseinkommen	3,7	3,5	4,1	3,5	4,0	3,0	3,7	4,5	3,7	3,3
Subventionen	-1,7	0,9	-0,5	0,3	0,2	1,6	1,1	-2,0	0,6	0,0
Monetäre Sozialleistungen	-0,5	-2,0	0,3	0,5	-2,6	-1,4	0,0	0,6	0,5	0,6
Soziale Sachleistungen	2,3	3,8	2,2	2,3	3,4	4,1	3,0	1,3	2,4	2,2
Sonstige laufende Transfers	-0,5	3,1	6,0	1,5	0,6	5,8	7,2	4,9	1,4	1,7
Vermögenstransfers	-11,5	-0,4	-4,9	-1,7	-5,6	5,9	-4,9	-4,9	-4,0	0,8
Bruttoinvestitionen	6,9	10,6	5,6	2,8	17,9	5,6	7,2	4,4	3,5	2,3
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	0,0	-0,7	-4,9	0,0	-11,4	9,6	-3,2	-6,3	0,0	0,0
Insgesamt	0,2	0,9	1,6	1,5	0,4	1,3	1,6	1,5	1,4	1,5

**1** Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde.**2** Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.**3** Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.**4** Selbständigeneinkommen/Betriebsüberschuss sowie empfangene abzüglich geleistete Vermögenseinkommen.**5** Einschließlich verbrauchsnahe Steuern.**6** Empfangene abzüglich geleistete Transfers.**7** Sparen in % des verfügbaren Einkommens.**8** Gebietskörperschaften und Sozialversicherung.

Quellen: Statistisches Bundesamt (Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen); Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2008

# Geringfügige Beschäftigung – Sprungbrett oder Sackgasse?

Viktor Steiner  
vsteiner@diw.de

*Geringfügige subventionierte Beschäftigung wird von ihren Kritikern eher als Sackgasse denn als Sprungbrett in reguläre Beschäftigung angesehen. In einer neueren Studie des DIW Berlin wurden auch die längerfristigen Effekte der Aufnahme einer geringfügigen subventionierten Beschäftigung auf die individuelle Erwerbskarrieren und die Einkommensentwicklung untersucht. Dabei zeigte sich, dass die Aufnahme einer geringfügigen Beschäftigung über einen etwa dreijährigen Beobachtungszeitraum zwar nicht dazu führt, dass sich die Dauer anschließender sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung erhöht. Allerdings war die Aufnahme einer geringfügigen Beschäftigung im Durchschnitt mit einer deutlich geringeren Arbeitslosigkeitsdauer in diesem Zeitraum und auch mit einer leichten Zunahme der insgesamt erzielten Erwerbseinkommen verbunden.*

Die vorliegende Studie basiert auf der Gegenüberstellung einer Gruppe von Personen, die innerhalb von neun Monaten nach Eintritt in Arbeitslosigkeit eine geringfügige Beschäftigung aufgenommen haben („Teilnehmer“), und einer Vergleichsgruppe von Arbeitslosen, die das nicht getan haben, sich aber bezüglich anderer beobachteter Merkmale nicht von der Gruppe der Teilnehmer unterscheiden (Methode des „statistischen Matching“).<sup>1</sup> Die Analyse bezieht sich auf Personen, die vor der „Mini-Job“-Reform im Jahr 2003 eine geringfügige Beschäftigung aufgenommen haben.<sup>2</sup>

Über einen Dreijahreszeitraum betrachtet zeigt sich, dass ehemals Arbeitslose, die eine geringfügige Beschäftigung aufgenommen haben, im Folgezeitraum rund neun Monate kürzer arbeitslos waren als die statistische Vergleichsgruppe (Tabelle). Für ältere Arbeitslose ist dieser Effekt besonders stark ausgeprägt: Für diese reduziert sich die kumulierte Arbeitslosigkeitsdauer im Zeitraum von drei Jahren um insgesamt etwa 15 Monate.

Die Aufnahme einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung im Anschluss an eine geringfügige Beschäftigung ist mit einem durchschnittlichen Lohnabschlag von rund 170 Euro pro Monat in den alten und 60 Euro in den neuen Bundesländern verbunden; für die über 50-jährigen Männer ist dieser Effekt aber nicht statistisch signifikant von Null verschieden. Da eine geringfügige Beschäftigung die im Folgezeitraum in Arbeitslosigkeit verbrachte Zeit deutlich

<sup>1</sup> Zur Datenbasis der Methode des „statistischen Matching“ und zu den detaillierten Schätzergebnissen vgl. Freier, R., Steiner, V.: 'Marginal Employment': Stepping Stone or Dead End? Evaluating the German Experience. DIW Diskussionspapier 744, Berlin.

<sup>2</sup> Zur „Mini-Job“-Reform und den damit verbundenen Beschäftigungswirkungen vgl. Steiner, V., Wrohlich, K.: Work Incentives and Labor Supply Effects of the 'Mini-Jobs Reform' in Germany. *Empirica*, 32, 2005, 91–116.



Tabelle

**Arbeitsmarkteffekte der Aufnahme einer geringfügigen Beschäftigung**

Über eine Beobachtungsperiode von 3 Jahren

Ergebnisvariable	Westdeutschland		Ostdeutschland	
	Alle	Über 50-Jährige	Alle	Über 50-jährige
Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung (Tage/Jahr)	-1 <sup>1</sup>	-10 <sup>1</sup>	9 <sup>1</sup>	-2 <sup>1</sup>
Geringfügige Beschäftigung (Tage/Jahr)	90	166	70	142
Arbeitslosigkeit (Tage/Jahr)	-90	-157	-81	-142
Lohn in sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung (Euro/Monat)	-166	-110 <sup>1</sup>	-58	-31 <sup>1</sup>
Kumulierter Lohneffekt (Euro/Jahr)	189	-643	733	779

<sup>1</sup> Nicht statistisch signifikant von Null verschieden.

Quelle: Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2008

reduziert, ist der durchschnittliche kumulierte Lohneffekt positiv, wenn auch sehr gering: In den alten Bundesländern beträgt er 190 Euro, in Ostdeutschland 730 Euro pro Jahr. Nur bei älteren Männern in Westdeutschland wird der nach einer geringfügigen Beschäftigung etwas geringere Monatslohn in sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung nicht durch die kürzere Arbeitslosigkeitsdauer kompensiert.

Aus arbeitsmarkt- und sozialpolitischer Sicht zeigen diese Ergebnisse, dass die Subventionierung der Sozialbeiträge im Niedriglohnbereich insbesondere für ältere Arbeitslose ein effektives Instrument der Reduktion der Langzeitarbeits-

losigkeit sein kann, auch wenn sie nicht mit mehr sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung verbunden ist. Verdrängungseffekte aufgrund der Substitution regulärer durch subventionierte geringfügige Beschäftigung können dabei jedoch nicht ausgeschlossen werden. Dies trifft vor allem auf in Teilzeit beschäftigte Frauen zu. Hier ist die Tendenz, reguläre Beschäftigung durch Mini-Jobs zu ersetzen, größer als in anderen Bereichen des Arbeitsmarkts.<sup>3</sup>

<sup>3</sup> Vgl. dazu Freier, R., Steiner, V.: 'Marginal Employment' and the Demand for Heterogeneous Labour: Empirical Evidence from a Multi-factor Labour Demand Model for Germany. DIW Diskussionspapier 662, 2007, Berlin.

**JEL Classification:**  
J23, J64, H43

**Keywords:**  
Marginal employment,  
Wage effects,  
Unemployment

# Profund, präzise, pünktlich: 80 Jahre Wochenbericht spiegeln die deutsche Wirtschaftsgeschichte

Rainer Fremdling  
fre@zedat.fu-berlin.de

Reiner Stäglin  
rstaeglin@diw.de

Vor genau 80 Jahren, am 4. April 1928, erschien der erste Wochenbericht des Instituts für Konjunkturforschung (IfK), das im Juni 1941 in Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) umbenannt wurde. Der erste Wochenbericht hatte vier Seiten und enthielt Beiträge über „Geschäftsgang und Beschäftigungsgrad“, „Die Märkte“, „Zur Bewegung des Bankkredits“ und „Zur Konjunktur des Auslands“.

Die ersten fünf Jahrgänge zählten noch vom 1. April bis zum 31. März des Folgejahres; ab dem 7. Jahrgang wurde dem Kalenderjahr gefolgt. Bis auf den 16. Jahrgang mit nur einem Wochenbericht (1943) – erscheint er bis heute mit jeweils 52 Nummern. In den Kriegsjahren 1940, 1941 und 1942 erschienen nur noch 31, 25 und 17 Nummern.

Bis zum 61. Jahrgang gab es die Wochenberichte nur in gedruckter Version, seit 1995 zusätzlich als html-Datei im Internet und seit 2005 als pdf-Datei. Seit Oktober 2007 kann der Wochenbericht des DIW Berlin kostenlos von der Website heruntergeladen werden.

## Aufsätze, Beilagen und Zahlenübersichten

Die Zielsetzung des Wochenberichts wurde 1938 in einem Prospekt der Hanseatischen Verlagsanstalt Hamburg folgendermaßen formuliert: „Der Wochenbericht dient der raschen Unterrichtung über die aktuellen Wirtschaftsprobleme. Aus allen Arbeitsgebieten des Instituts werden die wichtigsten Ergebnisse in knapper Form mitgeteilt. Neben den Aufsätzen im Umfang von sechs Seiten enthält der Wochenbericht in regelmäßiger Folge zahlreiche Beilagen, die getrennt gesammelt werden können, mit Zahlenangaben ... Außerdem werden in freier Folge Beilagen über Sonderuntersuchungen veröffentlicht.“

Die Zahlenangaben, die aus monatlichen Wirtschaftszahlen bestanden, wurden vom 5. Jahrgang an in Form von Übersichten präsentiert.

Zusätzlich wurden „Wöchentliche Zahlenübersichten“ und vom 4. bis zum 9. Jahrgang auch „Konjunkturkarteien“, die Angaben über Branchen enthielten, dem Wochenbericht beigelegt. Alle Übersichten und Beilagen wurden nicht in den Text der Wochenberichte integriert.

Die Vielfalt der Übersichten A bis E wurde bis zum 34. Jahrgang im Jahr 1967 beibehalten; in den Jahren 1940 und 1941 gab es jedoch nur die Übersicht A, ab 1959 kam eine neue Übersicht F hinzu, die ebenfalls Auslandszahlen enthielt. Eine Beilage über West-Berlin gab es in den Wochenberichten von 1950 bis 1972, eine entsprechende Beilage über die DDR bis zum Jahr 1974. Seit dem 55. Jahrgang 1988 gibt es monatliche Beilagen zum Wochenbericht mit ausgewählten saisonbereinigten Konjunkturindikatoren (Tabelle).

Die Beiträge in den Wochenberichten wurden bis zum 35. Jahrgang ohne Nennung der Verfasser veröffentlicht, weil es sich „um im Institut erarbeitete Ergebnisse handelte“. Ausgenommen hiervon war der Präsident Ernst Wagemann, dessen Beiträge mit Namen versehen beziehungsweise mit der Abkürzung E. W. gezeichnet waren. Aus presserechtlichen Gründen sind jedoch bis 1942 die Namen der verantwortlichen Redakteure und seit 1950 die Namen der für die wissenschaftliche Leitung des Instituts verantwortlichen Personen (Präsident und Kollegium der Abteilungsleiter) als Herausgeber im Impressum genannt worden. Außerdem wurde der jeweilige Schriftleiter dort erwähnt, seit 2002 das Redaktionsteam.

Im Jahr 1969 wurde damit begonnen, auch die Namen der Bearbeiter der Artikel im Impressum

zu nennen. Seit dem 68. Jahrgang 2001 werden die Verfasser am Anfang ihres jeweiligen Beitrags namentlich erwähnt.

## Umfang der Wochenberichte

Der Abbildung ist zu entnehmen, dass der Textumfang der Wochenberichte in den ersten Jahren bei durchschnittlich 210 Seiten lag. Die Ausreißer in den Jahrgängen 1937 und 1938 sind auf ausgewählte „Zahlen der Woche“ zurückzuführen, die in den Text integriert waren. Außerdem erschienen Sondernummern, zum Beispiel über „Fünf Jahre nationalsozialistische Wirtschaftsgesetzgebung“. Der bis zur Einstellung des Wochenberichts im Jahr 1943 – es gab nur noch die Nr. 1 über „Der Aufstieg des deutschen Films“ – immer geringer werdende Seitenumfang verdeutlicht die Schwierigkeiten, in dieser Zeit überhaupt auf Mitarbeiter und deren wissenschaftlichen Output zurückgreifen zu können.

Tabelle

Übersicht	erscheint voraussichtlich	mit Angaben über
A	zwischen 5. und 10. jeden Monats	Preise, Zinssätze, Effektenkurse, Notenbanken, Kreditbanken, Sparkassen, Emissionen, Kreditsicherheit, Reichsfinanzen, Löhne
B	zwischen 15. und 20. jeden Monats	Außenhandel, Einzelhandel, Handwerk, Genossenschaften, Verkehr
C	zwischen 20. und 25. jeden Monats	Produktion und Verbrauch
D	zwischen 23. und Ultimo jeden Monats	Arbeitsmarkt, Beschäftigung (Industrie-berichterstattung)
E	vierteljährlich	die wichtigsten Wirtschaftszahlen des Auslands

Quelle: Darstellung des DIW Berlin.

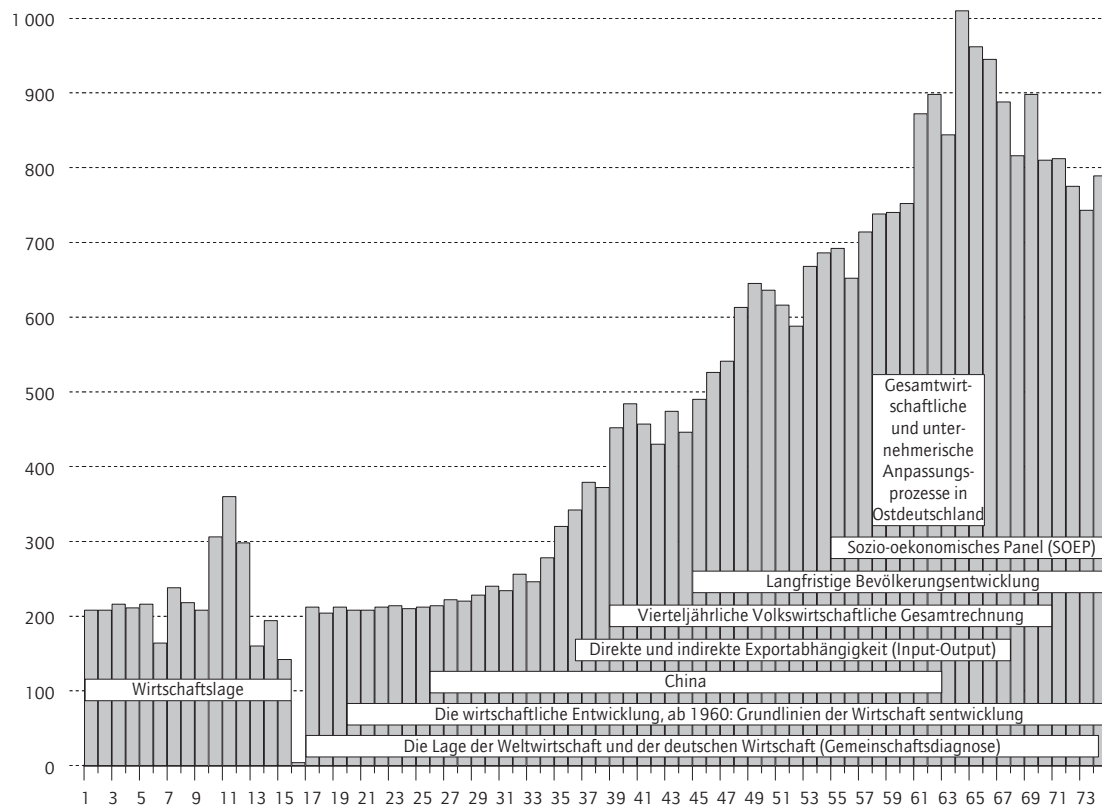
DIW Berlin 2008

Nach dem Wiedererscheinen des Wochenberichts am 2. Januar 1950 lag der Durchschnitt des Textumfangs in den 50er Jahren bei 212 Seiten pro Jahrgang, seit den 60er Jahren stieg er an, bis er im Jahr 1997 mit 1010 Seiten den größten Umfang erreichte. Seit der Jahrhundertwende hat der Wochenbericht einen durchschnittlichen Umfang von 810 Seiten, also fast das Vierfache der 50er Jahre.

Abbildung

## Umfang des Wochenberichts nach Jahrgängen – Perioden kontinuierlicher Berichterstattung

Anzahl der Seiten



Quelle: Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2008

Der Anstieg des Umfangs der Wochenberichte in der Zeit ihres Bestehens hat verschiedene Ursachen. Zum Einen sind die ursprünglichen Kurzberichte, in denen knapp über die Ergebnisse der Institutsarbeiten informiert wurde, durch ausführliche Analysen ersetzt worden, bei denen auch das zugrunde liegende Datenmaterial bereitgestellt wurde. Zum Anderen hat die Gründung neuer Abteilungen, zum Beispiel „Geld und Kredit“, „Öffentliche Finanzen“ und „Verkehr“ im Jahr 1972, zu mehr Wochenberichten geführt, weil bisher nur sporadisch behandelte Themen kontinuierlich bearbeitet werden konnten.

Von besonderer Bedeutung für die Ausweitung des Wochenberichtsvolumens waren die neuen und teilweise langfristig angelegten Forschungsvorhaben des DIW. Dazu gehören die seit 1972 kontinuierliche „Vierteljährliche Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung“ mit jährlich vier Aufsätzen ebenso wie die 1969 begonnene Input-Output-Berichterstattung.

Gleiches gilt für die Beiträge auf der Basis des „Sozio-oekonomischen Panels (SOEP)“, die seit 1988 in zunehmendem Maße über das breite Spektrum der Forschungsarbeiten informieren.

Ganz deutlich wird die Auswirkung neuer Aufgabenfelder auf die Publikationstätigkeit im Wochenbericht durch die Berichterstattung über „Gesamtwirtschaftliche und unternehmerische Anpassungsprozesse in Ostdeutschland“. Im Zeitraum von 1991 bis 1999 haben das DIW Berlin, das Institut für Weltwirtschaft Kiel (IfW), und das Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) gemeinsam im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft 19 Anpassungsberichte zur Entwicklung der ostdeutschen Wirtschaft vorgelegt. „Diese Berichte sind eine in ihrer Kontinuität einzigartige Dokumentation eines Stücks deutscher Wirtschaftsgeschichte“, heißt es im letzten Bericht vom 10. Juni 1999.

Die Berichterstattung über „China“ und die „Langfristige Bevölkerungsentwicklung“ sind spezifische Forschungsarbeiten einzelner Mitarbeiter, die jahrelang den Wochenbericht bereichert haben beziehungsweise noch bereichern. Die Berichterstattung über die „Wirtschaftslage“ bestätigt, dass der Schwerpunkt der Wochenberichte selbstverständlich auf der Konjunkturberichterstattung lag. Das trifft sowohl für die Vorkriegszeit als auch für die Nachkriegsjahre zu. Nach wie vor erscheinen die „Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung“.

Hierzu schreibt Rolf Krengel in seiner Instituts-geschichte: „Die ‚Grundlinien‘ werden in Zukunft

mit Sicherheit zu den wichtigen Quellen der deutschen Zeitgeschichte gehören. Ihr großer Vorzug ist die lückenlose Aneinander-Reihung über zur Zeit mehr als 20 Jahre (aus heutiger Sicht 47 Jahre) hinweg. Der Textteil wird durch Schaubilder und Tabellen ergänzt und birgt zahlreiche Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung mit Branchenberichten“.<sup>1</sup>

Die wöchentliche Erscheinungsweise bietet dem Institut die Möglichkeit, Arbeitsergebnisse zu aktuellen Themen ohne Zeitverzug zu publizieren und in die wirtschaftspolitische Diskussion einzugreifen. Dabei ist auffällig, dass immer mehr auf Politikberatung und die Entwicklung wirtschaftspolitischer Instrumentarien Wert gelegt wurde. Beispiele hierfür sind die Berichte über die West-Berliner Wirtschaft, die seit 1950 erschienen, Aussagen über die Ausgestaltung der Rentenformel (1955), Berichte über Osteuropa (Beginn der 60er Jahre), die Einkommenschichtung in Deutschland (1973) und die neue Geldpolitik der Bundesbank (1974), Berichte über die öffentliche Verschuldung (ab 1977) und die deutsche Wiedervereinigung (ab 1990), Äußerungen zum Klimaschutz (ab 1994) und zu den Konvergenzkriterien (ab 1996) sowie Berichte über die Transformationsprozesse in den früheren Ostblockländern (ab 1996).

### Drei Beispiele aus der Geschichte der Wochenberichte

Zur Veranschaulichung der Aussagen des IfK beziehungsweise des DIW sind aus den insgesamt 3710 Wochenberichtsnummern, die seit 1928 mit einem Gesamtumfang von 34 016 Seiten erschienen sind, drei Beispiele stellvertretend ausgewählt worden: die Weltwirtschaftskrise, die erste Rezession der Nachkriegszeit und die deutsche Wiedervereinigung.

#### Die Weltwirtschaftskrise 1929 bis 1933

Hat das IfK die Weltwirtschaftskrise adäquat diagnostiziert und wann erkannte es selbst, dass der sich abzeichnende Abschwung mehr war als eine Phase eines normalen Konjunkturzyklus.<sup>2</sup>

<sup>1</sup> Zitiert nach Krengel, R.: Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (Institut für Konjunkturforschung) 1925 – 1979. Berlin 1986, 138.

<sup>2</sup> Nach gängiger Interpretation bestand das IfK seine erste große Bewährungsprobe in der Weltwirtschaftskrise nicht. Mit diesem Verdikt ist gemeint, dass das Institut weder die Schwere der Krise rechtzeitig erkannt noch die orthodoxe Lehre rechtzeitig aufgegeben habe, die auf die Selbstheilungskräfte des Marktes vertraute. Krengel selbst und die von ihm herangezogenen Autoren unterliegen dem typischen Interpretationsschema der Nachgeborenen, nämlich ihr zeitgebundenes Theorieverständnis zur Beurteilung von Handlungen der vorherigen Generation anzuwenden. Institut und Präsident werden somit aus einem keynesianischen Blickwinkel kritisiert, wenn sie „zu spät ...

Der Kurssturz der Aktien an der New Yorker Börse im Oktober 1929, der gemeinhin den Beginn der Weltwirtschaftskrise 1929–1933 markiert, hat sich –zu Recht– den Wirtschaftsforschern am IfK keineswegs als epochal aufgedrängt. In der zweitgrößten Volkswirtschaft der Welt, in Deutschland, sanken die Aktienkurse im Herbst 1929 zwar auch stark; jedoch im Gegensatz zu den USA setzte sich hier nur eine Tendenz fort, die um die Jahreswende 1928/29 begonnen hatte. Als viel beunruhigender als die Ereignisse des Herbstes 1929 stellte sich dem IfK die Lage auf den Aktienmärkten ein Jahr später dar. Seit dem Frühjahr waren im Gleichklang fast aller Länder nach einer leichten Belebung Anfang 1930 die Kurse „außerordentlich scharf gesunken“ (WB 34/1930).

In den Wochenberichten seit Ende 1929/Anfang 1930 wird der Beginn des Konjunkturabschwungs für die USA wiederholt ab Mitte 1929 und für Deutschland um die Jahreswende 1927/28 datiert (WB 38–40/1929). Der letzte Wochenbericht im Jahr 1930 (WB 39–41/1930) bringt unter der Überschrift „Die weltwirtschaftlichen Depressionsherde“ eine klare Analyse und zeitliche Abfolge des sich selbst verstärkenden Schrumpungsprozesses der Weltwirtschaft: Neben dem Konjunkturrückgang in den Industrieländern wird auf die seit 1927/28 einsetzende Preisbaisse auf den Rohstoffmärkten hingewiesen. Sinkende Kaufkraft in den Rohstoffländern und verminderter Importbedarf der Industrieländer zogen die Spirale nach unten. Auch in den ersten Monaten des Jahres 1931, als sich vor der spektakulären Bankenkrise und den internationalen Kreditabzügen aus Deutschland noch einige Aufschwungstendenzen zeigten, blieb das IfK eher skeptisch. Die Belebung des deutschen Arbeitsmarktes bis April 1931 wurde zum Beispiel als rein „saisonmäßige Entlastung“ gesehen (WB 4/1931).

Im Sommer 1931 war die Weltwirtschaftskrise für jeden informierten Zeitgenossen sichtbar. Das IfK und besonders Ernst Wagemann hatten die Krise nicht nur zutreffend diagnostiziert, sondern auch schon Anfang 1930 erkannt, dass länger wirkende Faktoren mehr als den üblichen Abschwung eines Konjunkturzyklus auslösten: Hervorgehoben wurde die „Sinkende Grundtendenz der Preise“, die seit mehreren Jahren in fast allen Ländern auftrat (WB 46/1930). Sie wurde mit regelmäßigen Phasen von etwa 25

bis 30 Jahren Dauer in den letzten 150 Jahren in Verbindung gebracht. Mit dem Verweis auf Wagemanns Konjunkturlehre (1928) wurden diese Phasen im Wochenbericht Nr. 23/1930 über die sinkenden Rohstoffpreise noch sehr vorsichtig mit den „langen Wellen“ der Konjunktur erklärt. In dem ersten namentlich gekennzeichneten Beitrag (E. W.) der Wochenberichte (WB 1/1931) schließlich brachte Wagemann explizit „Strukturtendenzen der Weltwirtschaft“ und „Lange Wellen“ zusammen. Sein Anliegen war es, darauf hinzuweisen, dass einem künftigen konjunkturellen Aufschwung durch strukturelle Abwärtstendenzen Grenzen gesetzt seien.

Festzuhalten bleibt zweierlei: Erstens erfassten das IfK und sein Präsident vor den Turbulenzen seit Mai 1931 den konjunkturellen Verlauf adäquat. Auch wer der Theorie der langen Wellen skeptisch gegenübersteht, muss zugestehen, dass sie zweitens auch die strukturelle Schwere der Weltwirtschaftskrise zumindest ansatzweise frühzeitig erkannten.

### Die erste Rezession der Nachkriegszeit 1966/67

Mit einer Aussage über die vierteljährlich abnehmenden Zuwachsraten des Sozialprodukts weist das DIW im Wochenbericht 25/1966 unter der Überschrift „Die internationale und die westdeutsche Wirtschaftslage Mitte Juni 1966“ erstmals auf die konjunkturelle Schwäche hin. Im Wochenbericht 51–52/1966 spricht das Institut von einer „besorgniserregenden Unterkühlung“ der Konjunktur und klagt über die schnelle Zunahme der Arbeitslosigkeit. Im Wochenbericht 4/1967 halten die Konjunkturexperten des DIW den „raschen Einsatz des Eventual-Investitionshaushalts für erforderlich“, zwei Monate später fordern sie zur nachhaltigen Belebung der Investitionstätigkeit einen neuen Eventualhaushalt.

Einer sektoralen Analyse der staatlichen Konjunkturprogramme im Wochenbericht 14/1967 folgt im Juli ein Bericht über „Einkommenswirkungen expansiver konjunkturpolitischer Maßnahmen“, in dem es heißt: „Das DIW hat bereits mehrfach darauf hingewiesen, dass die gegenwärtige Rezession nur dann in Wirtschaftswachstum münden kann, wenn der Staat unverzüglich zusätzliche Nachfrage schafft, die weit über das bisher angekündigte Maß hinausgeht. ... Die wirtschaftliche Lage erfordert heute nicht nur eine Verstärkung der öffentlichen Investitionen, sondern auch Steuersenkungen, damit weitere Nachfrageimpulse ausgelöst werden, die von den öffentlichen Haushalten in diesem Umfang

die Bedeutung und Notwendigkeit staatlicher Defizit-Bereitschaft“ (Krengel) erkannten. Aus heutiger Sicht kann diese Beanstandung angezweifelt werden, weil zum einen das keynesianische Paradigma selbst seit den späten 70er Jahren zumindest in Frage gestellt ist und weil zum anderen parallel dazu die Weltwirtschaftskrise eher als Strukturkrise, und nicht lediglich als konjunkturelles Phänomen aufgefaßt wird.



## Die Freizügigkeit der Arbeitnehmer und die „Achillesverse“ des Wochenberichts

Redaktionelle Arbeit hat manchmal auch heitere Seiten. Es lassen sich immer wieder Textpassagen und Ausdrücke ausfindig machen, die keinesfalls im fertigen Bericht erscheinen dürfen, aber eben doch sehr erheiternd sein können. Häufig ist es einfach Betriebsblindheit, die arbeitsgebietsspezifische Terminologie in Wochenberichtsmanuskripte gelangen lässt. Ein paar Beispiele:

„Nachwachsende Alterskohorten werden kleiner“

„Anteil der Kreativen an allen Erwerbstätigen“

„... die zunehmende Motorisierung von Frauen ...“

„Der Inländerverbrauch von ...“

„Überhöhte Außenwanderungszahlen deutscher Personen auf Grund von Korrekturen im Land Hessen.“

„Zwei Variationen der Sterblichkeit“

„Um zu veranschaulichen wie sich ... die Bereinigung des Ausländerzentralregisters auf die Bevölkerungsentwicklung auswirkt, ...“

„In der Ausstattung bestehen nach wie vor zwischen den Geschlechtern deutliche Unterschiede. Bis zum Jahr 2050 ... ist der geschlechtsspezifische Unterschied dann nur noch bei älteren Rentnern erkennbar ...“

Es gibt aber auch Fälle, bei denen das Bestreben nach Präzision in der Beschreibung seltsame Blüten treibt:

„Abbildung 1 (zwei Alternativen: entweder quer wie oben oder hoch wie unten)“

„Tatbestände, in Rente' (ja oder nein) und Engagement-erfahrung' (ja oder nein)“

„Bis 1990 ohne Herkunfts-/Zielgebiet „ungeklärt“ und „ohne Angabe“, ab 1991 einschl. Herkunfts-/Zielgebiet „ungeklärt“ und „ohne Angabe“. Bis 1974 ohne Ostgebiete des Deutschen Reiches.“

„... in den alten und (seit 1990) neuen Bundesländern.“

„Polen dominiert die Migranten aus der EU-8“

Auch die Übersetzung aus dem Englischen hat ihre Tücken:

„Verletzlichkeiten von EDV-Systemen“

„Nichtöl-Einnahmen, Nichtöl-Steuereinnahmen, Nichtöl-Nichtsteuereinnahmen“

„bezüglich des proprietären DRMS Fairplay“

„Trusted Plattform Module (TPMs)“

Aber manchmal ist auch jeder Kommentar überflüssig:

„... Anteil von gut knapp 12 % ...“

„..., dass für ein Zusammenwachsen Europas die Freizügigkeit der Arbeitnehmer substantiell ist.“

„... aufgrund des Rückgangs der geringfügigen Beschäftigten ...“

„Im Zuge der zunehmenden weltweiten Angriffe auf Rechnersysteme soll damit den wachsenden Sicherheitsbedürfnissen der Anwender gegen unautorisierte Eingriffe erfolgreicher als bisher ein Riegel vorgeschoben werden.“

„Nicht verändert hat sich in den 80 Jahren die Redaktion der Wochenberichte.“

schon aus verwaltungstechnischen Gründen gar nicht erwartet werden können“.

Im Wochenbericht 39/1967 wird über die direkten und indirekten Produktionseffekte der Konjunkturprogramme informiert, die auf der Grundlage der sektoralen Staatsausgaben mit Hilfe des neuen Instrumentariums der Input-Output-Rechnung ermittelt werden konnten. Zu den Ergebnissen wird ausgeführt: „Die Berechnungen zeigen, dass auch die vom zweiten Konjunkturprogramm auf die Produktion und die Kapazitätsbeanspruchung ausgehenden Effekte nicht die vielfach erhoffte

und notwendige Wirkung erreichen konnten. So besteht leider keine Ursache anzunehmen, dass der von den konjunkturbelebenden Maßnahmen des Staates ausgehende psychologische Effekt, das heißt die induzierte Reaktion der privaten Wirtschaft stark genug sein wird, um das erklärte Ziel der Bundesregierung, einen dauerhaften Aufschwung zu erreichen, in absehbarer Zukunft realisieren zu können.“

Diese Einschätzung des Instituts war gesamtwirtschaftlich gesehen falsch, wie die Entwicklung in den Jahren 1968/69 zeigte. Aber der



„entschieden zum Ausdruck gebrachte Wille, die vom DIW diagnostizierte Unterkühlungsphase durch aktive Konjunkturpolitik rasch zu beenden“ und den Maßnahmen einen „keynesianischen Ansatz“ zugrunde zu legen, zeugte von der Hinwendung der Wochenberichte zu mehr Politikberatung.

### Die deutsche Wiedervereinigung 1990/91

Im Wochenbericht 1–2/1990 über „Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung“ ist zu lesen: „Der Versuch einer Vorausschau in das Jahr 1990 ist zur Jahreswende 1989/90 mit weit mehr und weit schwerwiegenden Unsicherheiten belastet, als dies schon normalerweise eine Konjunkturprognose kennzeichnet. Die historischen Veränderungen in der DDR werden (quantitativ) erhebliche und (qualitativ) neue ökonomische Implikationen haben, die auch kurzfristig spürbar sein werden. Doch niemand kann vorhersehen, was politisch geschehen wird und noch viel weniger, welche Auswirkungen dies auf die wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik und in Europa haben wird. Selbst die Wirkungen der explosionsartigen Zuwanderung im zweiten Halbjahr 1989 entziehen sich einer exakten quantitativen Erfassung im Hinblick auf Wachstum und Arbeitsmarkt.“

Diese Einschätzung der Lage hat dazu geführt, dass in den Wochenberichten der Jahre 1990 und 1991 allein 22 beziehungsweise 16 eigenständige Beiträge zur DDR, zu Ostdeutschland und zu den neuen Bundesländern erschienen. Hinzu kamen die bereits erwähnten Anpassungsberichte und die weiterhin nach West und Ost getrennten Konjunktur- und Strukturanalysen des DIW für ein wiedervereinigtes Deutschland. Besonders wertvoll für die Forschungsarbeiten waren die Erstellung einer Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Ostdeutschland und die Ausweitung des SOEP auf die neuen Bundesländer.

Die Wiedergabe einiger Titel der Wochenbeiträge macht das Spektrum der bearbeiteten Themen deutlich und lässt die Meinung des Instituts zu ausgewählten Problemen erkennen: „DDR: Übergang zum neuen Rentensystem schwierig“ (WB 14/1990), „Realeinkommensverluste in der DDR nach Einführung der Währungsunion wahrscheinlich“ (WB 21/1990), „Die Nahrungs- und Genussmittelindustrie in der DDR ist für die Marktwirtschaft schlecht gerüstet“ (WB 31/1990), „Alt-Schulden der DDR-Betriebe: Streichung unumgänglich“ (WB 36/1990), „Liquiditätsengpässe der Sozialversicherung in der DDR“ (WB 39/1990), „Bildungswesen in Ostdeutschland im Übergang“ (WB 45/1990),

„Eine Infrastrukturoffensive für Ostdeutschland: Finanzierungsaspekte und gesamtwirtschaftliche Wirkungen“ (WB 10/1991), „Zu knappes Angebot an Ausbildungsplätzen in den neuen Bundesländern und in Berlin (Ost)“ (WB 25/1991), „Lohnsubventionen – kein Ausweg aus der Beschäftigungskrise in Ostdeutschland“ (WB 36/1991), „Subventionierung und Privatisierung durch die Treuhandanstalt: Kurswechsel erforderlich“ (WB 41/1991), „Szenario zur Entwicklung der CO<sub>2</sub>-Emissionen in den neuen Bundesländern“ (WB 49/1991).

Kritisch hat sich das DIW in den Jahren 1990/91 mit den Folgen einer deutschen Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion auseinander gesetzt. Schon im Wochenbericht 6/1990 heißt es: „Die rasche Einführung einer einheitlichen Währung („Währungsunion“) ist nicht problemlos, solange die Produktivitätsunterschiede zwischen den beiden deutschen Staaten sehr groß sind. Die Währungsunion müsste mit einem von vornherein problematischen Währungsschnitt in der DDR verbunden werden. In einer Währungsunion begäbe man sich zudem des Instruments der Wechselkursänderung.“

Ein umstrittener Bericht „Zum Produktivitätsvergleich Bundesrepublik – DDR“ (WB 14/1990), in dem auf die breite Spanne der Schätzungen zum Produktivitätsrückstand der DDR zwischen 30 und 50 Prozent hingewiesen wird, endet mit der Aussage: „Keiner der vorhandenen Produktivitätsvergleiche untermauert die im politischen Raum gegenwärtig vorgeschlagene Relation von einer DM zu zwei Mark der DDR.“ Diese Umtauschrelation ist dann im Vertrag über die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zum 1. Juli 1990 zwar differenziert worden, stieß aber bei einer am 28. Juni veröffentlichten Analyse des DIW zur wirtschaftlichen Entwicklung in Ostdeutschland weiterhin auf Kritik. Im Wochenbericht 26/1990 ist zu lesen: „Der Staatsvertrag zwischen den beiden deutschen Staaten hat im großen und ganzen die richtige Basis für die Umstellung der Wirtschaft geschaffen, nachdem die prinzipielle Entscheidung über die Art des einzuschlagenden Weges gefallen war. Der Staatsvertrag enthält allerdings einen entscheidenden Konstruktionsfehler. Die Umstellung der Altschulden der Unternehmen im Verhältnis zwei Mark zu einer D-Mark ist nicht zu begründen und führt unter Umständen zu enormen Friktionsverlusten.“

Hat das DIW – wie auch die beiden Gemeinschaftsdiagnosen des Jahres 1990 – die Entwicklung in Ostdeutschland nach dem 1. Juli im Wochenbericht 26/1990 zu positiv eingeschätzt, als

**JEL Classification:**

N14

**Keywords:**

Publication history

von einer Stabilisierung und einer allmählichen Aufwärtsbewegung ausgegangen wurde, so trafen seine Einschätzungen über den schwierigen Übergang zur Marktwirtschaft die Realität: „Es besteht kein Zweifel, dass vom Beginn der Währungsunion an die Versorgungsprobleme in der DDR, soweit mobile (handelbare) Güter betroffen sind, weitgehend gelöst sein werden. Insofern erfüllt die Einführung marktwirtschaftlicher Regeln ihren Zweck: Das Angebot an Waren

und Dienstleistungen erhöht sich sprunghaft und zu Preisen, wie sie in der Bundesrepublik üblich sind. Das Problem der DDR-Wirtschaft ist, in welchem Umfang sie daran beteiligt ist. Wo werden die Güter vorwiegend produziert, die in den Läden der DDR angeboten werden? Wie groß werden die Produktionsverluste in der DDR sein, ehe wettbewerbsfähige Arbeitsplätze geschaffen sind?“ Einige dieser Fragen sind noch heute aktuell.

### **Kräftiger Jahresauftakt, Lage besser als die Erwartungen**

Die deutsche Logistikwirtschaft ist insgesamt kräftig in das neue Jahr gestartet. Dies geht aus dem vom DIW Berlin für die Bundesvereinigung Logistik (BVL) berechneten Branchenindikator hervor. Er ist ein konjunktureller Seismograph für die deutsche Logistikwirtschaft, dem mit 2,6 Millionen Beschäftigten drittgrößten Wirtschaftsbereich. Der Indikatorberechnung liegen die Einschätzungen einer vierteljährlichen Expertenbefragung unter den Top-200-Unternehmen zugrunde, für die Logistik eine besondere Rolle spielt. Kennzeichnend für den Indikator ist, dass sowohl Logistikdienstleister als auch Anwender aus Industrie und Handel befragt werden. Logistik ist als System zur Optimierung von Wertschöpfungsketten weit mehr als Transport, Verkehr und Lagerung. Bislang wird dieser Sektor statistisch nicht adäquat erfasst. Der BVL/DIW-Logistik-Indikator schließt diese Lücke.

Er hat seinen hohen Vorquartalswert von 147 auch zu Beginn des Jahres 2008 behauptet. Auf hohem Niveau haben sich allerdings die Lage- und Zukunftsbeurteilungen weiter auseinanderentwickelt: Während die Geschäftslage im laufenden Quartal noch etwas günstiger beurteilt wird als vor drei Monaten, haben sich die Erwartungen für die kommenden zwölf Monate – nunmehr zum dritten Mal in Folge – leicht abgekühlt. Allerdings liegt die Erwartungskomponente mit einem Wert von 142 immer noch klar im expansiven Bereich, so dass insgesamt mit einer deutlichen Expansion der Logistikaktivitäten im laufenden Jahr gerechnet werden kann.

Für das stärkere Auseinanderfallen von Lage und Erwartungen sind die Logistikdienstleister verantwortlich, bei denen sich die Einschätzungen nunmehr ähnlich gespreizt haben wie zuvor schon bei den Logistikanwendern. Die derzeitige Geschäfts- und Auftragslage weist für die Logistikdienstleister die zweithöchsten Werte seit Beginn der Befragung auf. Die leichte Delle im Winterquartal ist damit überwunden. Auch die Auftragseingänge entwickeln sich günstig – für grenzüberschreitenden Verkehr noch etwas besser als auf dem rein deutschen Markt. Die leicht rückläufige Kapazitätsauslastung dürfte auch ein Spiegelbild der zuletzt starken Kapazitätserweiterungen sein. Für die Entwicklung in den kommenden zwölf Monaten ist im Vergleich zur Vorquartalsbefragung mit einer etwas gedämpften Expansionsgeschwindigkeit zu rechnen. Hierauf deuten vor allem abgeschwächte Erwartungen hinsichtlich der Auftragsentwicklung hin. Der bisherige Ausbau der Sach- und Personalkapazitäten dürfte sich jedoch fortsetzen.

In Industrie und Handel hat sich die Schere zwischen Lagebeurteilung und Erwartungen verringert, insgesamt gibt der Teilindikator gut einen Punkt ab. Die gegenüber der Vorquartalsbefragung leicht ungünstigere Einschätzung der Lage erklärt sich aus der etwas geringeren Anspannung der eigenen Logistikkapazitäten sowie aus der weniger knappen Verfügbarkeit externer Kapazitäten. Allerdings bestätigt die relative Preisentwicklung für Logistikleistungen deutlich, dass von einer Entspannung noch keine Rede sein kann, sondern dass die Logistikkonjunktur nach wie vor deutlich expansiv ist. Dies schlägt sich auch in den Planungen für einen weiteren Ausbau der Sachkapazitäten und der Einstellungsbereitschaft nieder, die gegenüber dem Vorquartal leicht zulegen konnten. Bis auf die im Vergleich zur Vorquartalsbefragung weniger expansive Einschätzung des Inlandsbedarfs weisen alle übrigen Erwartungskomponenten deutlich nach oben. Es ist davon auszugehen, dass die derzeit kräftige Logistikkonjunktur mindestens über das Gesamtjahr trägt.

Zusätzlich zu den Standardkomponenten für die Indikatorberechnung wurde bei der Februarbefragung die Einschätzung der Unternehmen hinsichtlich der Auswirkung eines generellen Mindestlohnes auf ihre Logistik erhoben. Die Ergebnisse zeigen, dass die überwiegende Mehrheit (70 bis 80 Prozent) der Befragten keine Auswirkungen erwartet, etwa 20 Prozent befürchten negative Effekte.

Weitere Informationen unter [www.diw.de/logistikindikator](http://www.diw.de/logistikindikator)

#### **Impressum**

DIW Berlin  
Mohrenstraße 58  
10117 Berlin  
Tel. +49-30-897 89-0  
Fax +49-30-897 89-200

#### **Herausgeber**

Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann  
(Präsident)  
Prof. Dr. Georg Meran  
(Vizepräsident)  
Prof. Dr. Tilman Brück  
Dr. habil. Christian Dreger  
Prof. Dr. Claudia Kemfert  
Prof. Dr. Viktor Steiner  
Prof. Dr. Gert G. Wagner  
Prof. Dr. Christian Wey

#### **Redaktion**

Kurt Geppert  
PD Dr. Elke Holst  
Carel Mohn  
Vanessa von Schlippenbach  
Manfred Schmidt

#### **Pressestelle**

Renate Bogdanovic  
Tel. +49 – 30 – 89789–249  
[presse@diw.de](mailto:presse@diw.de)

#### **Vertrieb**

DIW Berlin Leserservice  
Postfach 7477649  
Offenburg  
[leserservice@diw.de](mailto:leserservice@diw.de)  
Tel. 01 805–19 88 88, 14 Cent./min.  
Reklamationen können nur innerhalb  
von vier Wochen nach Erscheinen des  
Wochenberichts angenommen werden;  
danach wird der Heftpreis berechnet.

#### **Bezugspreis**

Jahrgang Euro 180,–  
Einzelheft Euro 7,–  
(jeweils inkl. Mehrwertsteuer  
und Versandkosten)  
Abbestellungen von Abonnements  
spätestens 6 Wochen  
vor Jahresende  
ISSN 0012-1304  
Bestellung unter [leserservice@diw.de](mailto:leserservice@diw.de)

#### **Satz**

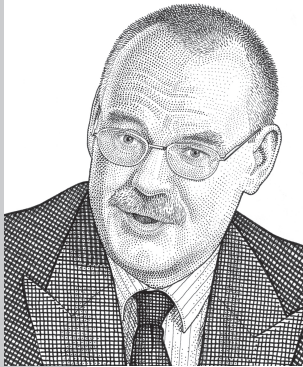
eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

#### **Druck**

Walter Grünzmacher GmbH & Co. KG,  
Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung  
– auch auszugsweise – nur mit  
Quellenangabe und unter Zusendung  
eines Belegexemplars an die  
Stabsabteilung Kommunikation des  
DIW Berlin ([Kundenservice@diw.de](mailto:Kundenservice@diw.de))  
zulässig.

Gedruckt auf  
100 Prozent Recyclingpapier.



## Wissenschaftliche Politikberatung gewinnt nur aus der Beschränkung heraus Überzeugungskraft

von Gert G. Wagner\*

Wissenschaftliche Politikberatung gehört zu den Aufgaben so unterschiedlicher Gremien wie dem Sachverständigenrat und den Beiräten bei etlichen Bundesministerien. Auch von den Wirtschaftsforschungsinstituten wird sie erwartet – zu Recht. Trotz jahrzehntelanger öffentlicher Finanzierung und entsprechender Aufgabenzuweisung gibt es dennoch eine ziemlich ausgeprägte Unzufriedenheit mit dieser Art der Politikberatung: Die Wissenschaftler fühlen sich nicht richtig verstanden und ernstgenommen, die Politik wiederum fühlt sich schlecht oder nicht „auf den Punkt hin“ beraten.

Wie lässt sich diese Situation überwinden? Der Schlüssel liegt in stärkerer (Selbst-)Beschränkung. Die Wissenschaft muss aufhören zu missionieren, die Politik muss besser unterscheiden lernen, zu welchen Fragen sie dezidiert wissenschaftlichen Rat holt und zu welchen Fragen lebensklugen Rat von Nichtwissenschaftlern, zum Beispiel von Consultants.

Grundsätzlich gilt: Die Rolle der Wissenschaft für politische Entscheidungen ist begrenzt. Diese Begrenzung wird auf beiden Seiten gerne ignoriert: von Politikern, die nach einer vermeintlich unangreifbaren Legitimation für ihre Entscheidungen suchen. Und von Wissenschaftlern, die gerne die Welt verändern würden (oder auch nur Mittel für ihre Forschung rechtfertigen wollen). Aber: Politische Entscheidungen sind letzten Endes Wertentscheidungen, die nur die Politik selbst demokratisch legitimiert treffen kann.

Um Verschwendung von Mitteln und unbeabsichtigte Nebenwirkungen von Politik zu minimieren, ist wissenschaftliche Politikberatung sinnvoll, jedoch ohne dass die Wissenschaft als System eine Leitfunktion bei Reformen beanspruchen könnte – und sollte. Dies betrifft insbesondere die Volkswirtschaftslehre: Sie ist aufgrund des Sparsamkeitsgebots, in einer Welt mit knappen Ressourcen zwar immer gefragt. Sparsamkeit kann aber immer nur an der Erreichung konkreter Ziele gemessen werden. Und die Festlegung politischer Ziele ist nicht Aufgabe der Wissenschaft, sondern ureigenstes Feld der Politik.

### Politikberatung stärker differenzieren: ein Vorschlag

Um die Zufriedenheit der Abnehmer mit wissenschaftlicher Politikberatung in Deutschland und den Einfluss durchgerechneter Politikkonzepte zu stärken, könnte das System der Politikberatung in Deutschland stärker ausdifferenziert werden. Staatlich finanzierte Forschungsinstitute, die der wertneutralen Politikberatung dienen, sind unverzichtbar. Diese unabhängigen Institute haben eine Wächterfunktion – diese reicht aber offenkundig nicht aus, um Politik direkt zu beeinflussen. Deswegen sollten die Parteien und andere gesellschaftliche Gruppen eigene Forschungsinstitute und Denkfabriken einrichten. Diese würden sich von den bestehenden Akademien und Stiftungen deutlich abheben, indem sie voll und ganz wissenschaftsbasiert arbeiten, aber *gezielt* beraten. Und zwar auch bezüglich von Zielen, die die Politik erreichen sollte. Letzteres ist aber keine wissenschaftliche Beratung und das sollte deutlich werden.

\* Gert G. Wagner leitet die Längsschnittsstudie SOEP im DIW und ist von April 2008 bis März 2009 Fellow am Max Weber Kolleg an der Universität Erfurt.